

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Gehört nicht an der Montage.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Berichts-  
 und Verfammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,  
 „Kurze Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. **Wittwoch, den 24. September 1902.** Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Von Frankreichs Kolonialwesen.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen der neuesten Geschichte Frankreichs ist seine Umwandlung in eine Kolonialmacht ersten Ranges. Frankreich hat schon seit langem Kolonien gehabt, aber es hat in den meisten Fällen nichts Rechtes mit ihnen anzufangen gewillt, und viele von ihnen, darunter gerade einige der ausschlaggebendsten, im Laufe der Zeit wieder verloren. Was ihm nach den Kriegen des ersten Kaiserreichs geblieben war und unter der Restauration, dem Juli-Königtum und dem zweiten Kaiserreich an Kolonialbesitz hinzugefügt wurde, ward von der Masse der Nation nicht sonderlich hoch eingeschätzt. Zeitweilig begeisterte sich das Volk wohl für das eine oder andere Kolonialunternehmen, aber aus Motiven, die mit der eigentlichen Kolonisationsfrage selbst herzlich wenig zu thun hatten. Volkswirtschaftlich wurden die Kolonien als ein lohnloser Luxus betrachtet und diese Auffassung konnte sich u. a. darauf stützen, daß im Staatshaushalt die Kolonien einen steigenden Ausgabenposten bildeten. Sie schienen zu weiter nichts gut zu sein, als überflüssige Beamte unterzubringen und strebsamen Militärs einen Tummelplatz für die Erlangung billiger Lorbeeren zu bieten. Wegen ihrer Eigenschaft als ständiger Anreiz zu militärischen Expeditionen wurden sie insbesondere von den radikalen Oppositionsparteien heftig bekämpft. Das Aufkommen der Depositionierung von politischen Sträflingen in entfernte Kolonien zu Anfang der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts steigerte diese Gegnerchaft noch. Wie war, von der Socialdemokratie ganz abgesehen, die Kolonialpolitik bei der bürgerlichen Demokratie Frankreichs so unpopulär, als unter dem zweiten Kaiserreich. Wie ähneln diesen seine mexicanische Expedition bekommen ist, ist bekannt. Auch als das Kaiserreich gefallen war, dauerte die Abneigung gegen Erweiterungen des Kolonialbesitzes noch ein gutes Jahrzehnt fort.

Erst im Anfang der achtziger Jahre setzte ein Umschwung ein, unterstützt zunächst von Leon Gambetta und dann von dessen politischem Nachfolger, Jules Ferry. Beide setzten der bürgerlichen Radikalismus noch eine wütende Opposition entgegen. Sie ist aber in Bezug auf die Kolonialfrage ebenso verflummt, wie der Radikalismus in Bezug auf die Bekämpfung des Merkantilismus heute in den Fußstapfen von Gambetta-Ferry wandelt. In wenig mehr als zehn Jahren hat Frankreich sein Kolonialgebiet fast verdreifacht. Während das Stammland nur eine halbe Million (536 000) Quadratkilometer umfaßt, bedekt jetzt seine Kolonien, Schutzgebiete u., eine Fläche von 9 1/2 Million Quadratkilometer. Am die Wende der neunziger Jahre erfolgte ein wahrer Kolonialhunger die französischen Politiker, der bis gegen die Jahrhundertwende andauerte und erst abließ, als so ziemlich alles noch nicht von Europäern besetzte Land seinen Herrn gefunden hatte. Nur mit erheblichen Anstrengungen verzichtete Frankreich damals auf etliche Wälder, die ihm andere Länder beim Drängen um die Verteilung des Restes der bewohnten und bewohnbaren Erde wegschnappten.

Dies Ansehen löst noch in einem Buch über Frankreichs koloniale Zukunft nach, das soeben in Paris erschienen ist und einen ebendamigen Beamten in der Verwaltung des Schutzbereichs Tunis, Monsieur E. Fallot, zum Verfasser hat. Herr Fallot, der schon eine ganze Reihe von Schriften über Tunis und einige andere zu Afrika gehörende Objekte der Kolonialpolitik Frankreichs veröffentlicht hat, geht in diesem Buche den ganzen Kolonialbesitz Frankreichs durch und legt die Möglichkeiten seiner Verwaltbarkeit für das Heimatland und die Anforderungen seiner Verwaltung mit Berücksichtigung der Besonderheiten der verschiedenen Kolonien augenscheinlich mit guter Sachkunde dar. Sein mit vielen Stellen ausgezeichnetes Buch ist insoweit als Informationsquelle gut zu gebrauchen. Es wird durch mehrere Kapitel über die Bedeutung der Kolonisation und die Grundzüge der Kolonialpolitik im allgemeinen eingeleitet, welche die Hoffnungen der französischen Kolonialpartei widerspiegeln und denen sich einige Kapitel über die Kolonien Englands und anderer Staaten anschließen. Den Schluß bildet ein Ausblick auf die Zukunft des französischen Kolonialreiches, die dem Verfasser, sofern nur gewisse von ihm bestrittene Prinzipien beobachtet werden, im rosigsten Lichte erscheint.

Einstufig sei hier bemerkt, daß Deutschlands Kolonialbesitz von Herrn Fallot recht gering bewertet wird, wenn der Verfasser sich auch Deutschland gegenüber eine gewisse Reserve auflegt. Weniger reserviert ist er, wo er auf Italiens Veruche auf dem Gebiet des Kolonialwesens zu sprechen kommt. Es scheint ihm eine ganz verwerfliche Impertinenz von Seiten dieses Landes, das eine größere Bevölkerungsdichtigkeit, einen stärkeren Bevölkerungszuwachs, eine bedeutend höhere Auswanderungsziffer hat wie Frankreich, und näher an Afrika liegt als dieses, daß auch es in Afrika Kolonien haben möchte. Allerdings ist es nicht gerade ein zu äppiger Bevölkerungszuwachs oder Auswanderungszug, der Frankreich zur Wiederaufnahme der Politik der Kolonialverwertungen getrieben hat. Herr Fallot meint zwar, Frankreichs Auswanderungsziffer sei „immerhin beachtenswert“. Aber er kann doch nicht leugnen, daß sie und seine Geburtenziffer gegenüber denen Deutschlands, Englands, Italiens höchst unbedeutend sind. So vollzieht er denn, bald nachdem er jenen Widerspruch gethan, eine Wendung und schließt es als einen von der Kolonialverwertung zu erwartenden Ergebnis, daß sie eine Zunahme der Geburtenziffer Frankreichs zur Folge haben werde. Damit läßt seine Darlegung auf das Paradoxe hinaus, daß Frankreich Kolonien braucht, nicht weil es zu viel, sondern weil es zu wenig Menschen produziert.

Jedes hat Herr Fallot noch einen zweiten Trost für seine Landleute, um sie mit der Last zu verlohnen, welche die Kosten der Kolonialverwaltung ihnen auferlegen, nämlich, daß Frankreichs Kolonialbesitz trotz seiner ungeheuren Ausdehnung keine größere Zahl von Auswanderern erfordere, als Frankreich liefern könne. Frankreichs Kolonien sind überwiegend Ausbeutungskolonien.  
 „Man kann annehmen“, heißt es auf S. 57, „daß eine jährliche Auswanderung von 20 000 bis 25 000 Franzosen völlig genügend

sein wird, unser ganzes Kolonialreich zu verwerten.“ Man denke, ein Gebiet von neunundeinhalb Millionen Quadrat-Kilometer, auf dem nur erst 55 Millionen Menschen wohnen!

Es sind eben nicht die französischen Bauern, auch nicht die französischen Arbeiter, für welche die Kolonien ein notwendig gewordenenes Auswanderungsgebiet darstellen. Wohl aber bilden sie in steigendem Maße ein willkommenes Ablagerungsgebiet für überschüssiges französisches Kapital, sowie für überschüssige Angehörige des Handels, der Industrie, und der höheren Berufe. Herr Fallot unterläßt es nicht, die Möglichkeiten, welche die Kolonien diesen Elementen darbieten, in ihr bestes Licht zu stellen. Und an Ausbeutungsmaterial aller Art fehlt es auch den vielen Kolonien in der That nicht. Nur ist es mit seiner Verwertung keine so einfache Sache. Verheißungsvolle Kolonien hat Frankreich immer gehabt. Wenn sie nicht gehalten haben, was man sich von ihnen versprochen, so liegt das zu einem großen Teil an den Grundfragen, nach denen Frankreich bisher seine Kolonien zu verwalten pflegte. Und Herr Fallot stimmt im Prinzip durchaus denen zu, die eine völlige Ablieferung von der alten französischen Verwaltungspraxis und Uebergang zum englischen System der Kolonialpolitik empfehlen.

Der Unterschied der beiden Systeme ist kurz der folgende:

Frankreich ist mit der Gewährung formaler Rechte an die Bevölkerung auf seinen Kolonien verschiedenlich viel weiter gegangen wie England; während keine englische Kolonie Abgeordnete ins Parlament des Mutterlandes entsendet, sind in der französischen Deputiertenkammer eine ganze Anzahl von Kolonien durch Abgeordnete vertreten, die auf Grund des gleichen demokratischen Wahlrechts gewählt sind, das in Frankreich selbst gilt. Aber materiell behandelte Frankreich seine Kolonien bisher als unselbständige Anhängel ohne eigenes, vom Centralkörper unabhängiges Leben mit anders gearteten Lebensbedingungen, während man in England längst dazu übergegangen ist, die Kolonien als selbständige Einheiten zu betrachten und ihnen je nach den besonderen ethnographischen und geographischen Verhältnissen eine andre Stellung zum Reichsganzen anzuweisen. England hat Kolonien mit voller Selbstverwaltung, solche mit beschränkter Selbstverwaltung und Kolonien, die nach den Grundfragen des patriarchalischen Despotismus regiert werden (sog. Kronkolonien), und innerhalb dieser Gruppen giebt es wieder allerhand kleinere oder größere Abstufungen. Aber welches auch die formale Stellung der Kolonie, immer wird sie materiell, in wirtschaftspolitischer Hinsicht, als ein selbständiger Organismus betrachtet und im Prinzip auch demgemäß verwaltet. Wir lagen im Prinzip, weil es in der Praxis keineswegs ganz ohne Verstoß gegen diese Regel abgegangen ist, und solche noch immer vorkommen. Auch sonst ist es bei Durchführung dieses Prinzips nicht ohne grobe Mißgriffe abgegangen. Aber im ganzen wird nach ihm verfahren, und daß in ihm das Geheimnis des Erfolgs der englischen Kolonialpolitik liegt, kann gar nicht bestritten werden.

In Frankreich hat man die Kolonien im Guten wie im Schlechten nach den Interessen und Ideologien, die jeweilig im Mutterland auskultiviert, modeln wollen. Die Vertretung im Reichsparlament war unter diesen Umständen für die Kolonisten wertlos. Ihre ein oder zwei Stimmen verschwanden in der Masse der andern Stimmen. Das Vergnügen, über Gegenstände mit abstimmen zu dürfen, an denen sie nur wenig oder gar kein Interesse hatten, wußten sie mit dem Verzicht auf die Selbstverwaltung der Kolonie bezahlen. Welche Handelspolitik ihre ökonomischen Verhältnisse ihnen auch nahelegten, sie hatten sich derjenigen zu unterwerfen, die im Reich beliebt wurde. Ihr erstes Gebot war nicht, sich möglichst schnell und vollständig selbst zu entwickeln und dadurch zu einem immer wertvolleren Glied des Ganzen zu werden, sondern sie hatten vor allem Domäne der Centralverwaltung und ihrer Beamten zu sein. Das Ausland sollte für sie nur soweit existieren, als dieser Anspruch es erlaubte. Sonst hätte man am liebsten eine chinesische Mauer um die Kolonie gezogen. Die Protektionswirtschaft dahinein ward auf den Kolonien noch unendlich gesteigert. Wie sehr darunter ihre Entwicklung leiden mußte, kann man sich leicht vorstellen.

Ähnlich hat man das Verfehlte dieser Anschauung erkannt und das Buch des Herrn Fallot ist ein eindringliches Plaidoyer für den Uebergang zum englischen Kolonialsystem. Es geht in dieser Hinsicht mit den bisherigen Fehlern der französischen Kolonialverwaltung rückhollos ins Gericht. Soweit so gut. Aber während es mit diesen Fehlern auch von ihrem sympathischsten Zug, dem Streben nach möglichstster politischer Gleichstellung der Eingeborenen, mehr zu opfern Miene macht, als die Rücksicht auf die ethnographischen Unterschiede rechtfertigt, kann sich der Verfasser doch nicht dazu entschließen, die starken Seiten der englischen Kolonialpolitik ebenso rückhollos zu bestrafen. Verwaltungspolitisch geht er kaum über das System der Kronkolonien hinaus und handels- oder sozialpolitisch betrachtet er es als schier undenkbar, daß die Kolonien nicht der Einfuhr aus dem Mutterlande erheblich günstiger Bedingungen zu gewähren hätten, als andern Ländern. Daß dies gegebenenfalls den Handelsverkehr der betreffenden Kolonie mit andern Ländern beeinträchtigen und damit ihre Entwicklung schwer schädigen kann, beschäftigt ihn nicht weiter.

So ist das Buch des Herrn Fallot, genauer angesehen, trotz aller Freihandelsphrasen selbst vom wirtschaftspolitischen Standpunkt nicht weniger als ein Produkt wahrhaft fortschrittlicher Denkart. Und nach den Mitteilungen zu schließen, die es bezüglich der derzeitigen Verwaltung der verschiedenen Kolonien macht, scheint es für den heute unter den Kolonialpolitikern Frankreichs herrschenden Geist typisch zu sein. Man wird dies im Auge behalten müssen, um sich von allen Illusionen hinsichtlich der zunächst bevorstehenden Ausgestaltung des so gewaltig angeschwollenen französischen Kolonialbesitzes frei zu halten.

Ob aber unter diesen Umständen der besagte Besitz rein materiell betrachtet, dem Heimatlande so viele Vorteile bringen wird, um die Opfer aufzuwiegen, die er ihm direkt und indirekt verursacht — Herr Fallot spricht auf S. 492, deutlich genug von erhöhten Verteidigungsmitteln zu Wasser und zu Lande, um diesen Besitz gegen die „Gefährlichkeit“ der Engländer und Deutschen zu verteidigen — ist eine andere Frage! Kolonialmilitarismus und Marinismus ins Unendliche, das ist der sichere Segen der Expansion für das französische Volk. Und wozu? Schließlich kann ein Land heute nur im Verhältnis seiner eignen industriellen Entwicklung zu der der übrigen Länder Kolonien verdauen. Ueberschreitet es dies Maß, so unterbindet es damit seine eigene innere Fortentwicklung. Von solchen Fragen jedoch weiß das Buch des Herrn Fallot nichts.

E. B.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. September.

#### Die Zollgeschäfte.

Der Schacher um die Zollrente nimmt nach Wiederaufnahme der Zollberatung in der Reichstagskommission wieder lebhaften Fortgang. Es schachern die Parteien untereinander, es schachern die Agrarier mit den Industriekapitalisten, es schachern die Zollparteien mit der Regierung; den Allerweltsmakler im blühenden Schachergeschäft spielen die schlaunen Händler des Centrums. Das Wesen dieses Schachergeschäfts aber ist der Aufschlag und die Drohung. Man schlägt hoch auf, um einen Teil des Aufgeschlagenen einzuhelfen. Man droht, als liege einem nichts, gar nichts am ganzen Geschäft und als verzichte man lieber auf die ganze Sache, wenn nicht alles so gemacht wird, wie es die Drohenden verlangen.

Am Montag hat Graf Posadowsky gedroht, daß der Regierung nichts übrig bleibe, als auf Grund des bisherigen Tarifs neue Handelsverträge abzuschließen, wenn die Zollparteien sich nicht zu ihrer Vorlage verstehen. Seit drohen die konservativen Agrarier: Kommt die Regierung uns nicht entgegen, so ist es um das ganze Tarifwerk geschehen! „Lieber Freihandel als ungenügende landwirtschaftliche Zölle!“ Und in das Fach der Schacherdrohungen zählt auch die trübe Beurteilung der Aussichten des Zollgesetzes; die „Kreuz-Zeitung“ erklärt: „Die Aussichten für ein Zustandekommen des Entwurfs sind die denkbar trübsten“. Das Gegenstück zu dieser Erklärung bringt die „Königliche Zeitung“, die in den Beschlüssen der konservativen Fraktion „eine offene und umfassende Kriegserklärung gegen die Regierung“ erblickt, eine Kriegserklärung, die das Scheitern der Vorlage bedeute, wenn die Konservativen auf ihren Beschlüssen beharren. Das liebliche Schacher-„Wem!“ Nach der „Kreuz-Zeitung“ scheitert die Vorlage, wenn die Regierung nicht nachgibt, nach der königlichen Vertreterin der Regierungsvorlage scheitert sie, wenn die Konservativen nicht nachgeben.

Sobald aber die beiden drohend kessellenden Händlergruppen ihre Schacherbegabung genügend gemessen haben werden und einander den ängstlichen, den alleräußersten Preis ansetzen — dann wird das Geschäft des Abschlusses nicht ermangelt! Es mag nun fraglich sein, wer das meiste dabei profitiert.

Und der Obermakler ist eifrig am Werke. Zwar spielte auch Dr. Schäbler auf der Generalversammlung des „bayerischen patriotischen Bauernvereins“ den drohenden Ramo, indem er meinte, er glaube, daß überhaupt nichts zu Stande käme, da die Regierung den nötigen guten Willen nicht habe. Aber die „Germania“, das offizielle Blatt der Centrumsfraktion, erklärt den Jubel der liberalen Blätter über die Aussichtslosigkeit der Tarifvorlage als „etwas voreilig“ und bemerkt: „Vorläufig geben wir die Hoffnung auf eine Verständigung noch nicht auf, aber wir müssen gestehen, daß diese Hoffnung nicht mehr groß ist.“ Doch deutlicher sprach Herr Dr. Spahn, der Einzelvertreter des Schachergeschäfts, am Sonntag in Bonn; er erklärte, daß aller Voraussicht nach die Regierung bei den Getreidezöllen der Kommissionmehrheit entgegenkommen werde. Thut die Regierung dies, dann wird das Centrum bezüglich der übrigen Positionen nachgeben und den Handel fertig machen. Die also isolierten Konservativen würden alsdann gleichfalls einschlagen, froh, durch hartnäckiges Festhalten der Regierung doch einigen Ueberwucher entzuziehen zu haben.

#### Theaterdonner.

Zu unserer gestrigen Mitteilung über die Erklärungen des Abg. Schäbler gegen die Entrüstungsdepeche Wilhelm II. wird uns ergänzend aus München geschrieben:

Herr Dr. Schäbler hat am Sonntag wieder eine große politische Rede gehalten und zwar in der Generalversammlung des bayerischen patriotischen Bauernvereins, die alljährlich im September in dem oberbayerischen Dorfe Zantenhausen bei Rosenheim stattfindet. Diese Versammlung mit der das Centrum in der Regel die politische Winterfaison zu eröffnen pflegt, bietet diesmal ein besonderes Interesse, wurde doch in aller Form durch die Centrumpartei dem Kaiser Wilhelm II. die Fehde angefragt. Dr. Schäbler beirach nämlich auch das Schweinmünder Entrüstungsdeprogramm des Kaisers und führte dabei u. a. aus, der Kaiser habe kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Bundesstaates zu mischen, und fuhr dann wörtlich fort: „Im gewöhnlichen Leben spricht man auch vom Tode, aber darüber will ich heute nicht sprechen. Wer aber auf den öffentlichen Markt, ins öffentliche Leben sich stellt, um dort mitzureden, der sollte vor allem an das Sprichwort denken: „Wer regelt, muß auch aufpassen!“ und daran, daß eine besonders geschäftige Stellung besondere Pflichten mit sich bringt, gewisse Reserven aufsetzt oder daß man daraus verzichten soll. Mindestens liegt die Gefahr sehr nahe, daß auch andre diesen Schurz als nicht mehr schätzbar betrachten können. Wünschenswert wäre es, wenn die Kritik, die in weiten Kreisen des bayerischen Volkes geübt wurde, zu den allerhöchsten Ohren käme; das würde dann anders klingen, als die Troubadourlieder, die Hissi Gulenburz singt. Diese Depeche ist aber auch von ganz eminenter Bedeutung für die Frage: ist es dem Bundespräsidenten gestattet, sich in die inneren Angelegenheiten eines der Bundesstaaten einzumischen? Die Begehungen von der „Heften Enttäuschung“, „meiner Empörung“ und „schänder Unbanbarkeit“ gelten uns. Wir werden die Antwort darauf nicht schuldig bleiben an der Stelle, wo auch das Bundespräsidium sie hört, und zwar in Berlin und in München, und als Mitglied der Centrumsfraktion im Reichstage und im Landtage, welche ich hiemit diese Einmischung des Königs von Preußen, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt, mit aller Entschiedenheit zurück, und ich weiß mich darin einzig mit sämtlichen Parteifolgeren im Reich und in Bayern.“

So Dr. Schäbler über das Kaisertelegramm. Der Gefahr, daß man seine Ausführungen wieder als rednerische Entgehnungen be-

\*) E. Fallot, ancien chef de service du commerce et de l'émigration à Tunis, L'Avenir colonial de la France. Etudes pratiques sur les principes de la colonisation et la situation économique des colonies françaises et étrangères. Paris, Librairie Ch. Delagrave, 560 S. 12°.

zeichnen könnte, wurde diesmal von vornherein vorgebeugt. Nach ihm bestieg nämlich Herr Dr. von Daller die Rednertribüne und erklärte als Vorsitzender der Centrumsfraktion des bayerischen Landtages, daß er mit den Bedanken und Erörterungen Schäfers in allen Punkten völlig einverstanden sei. Freilich hat weder Herr Daller noch Herr Schäfer angegeben, durch welche Mittel sie den Kaiser künftig verhindern wollen, ähnliche Depeschen abzugeben.

Es wird bei einem Theaterdonner bleiben, und das Centrum bleibt der ergebene Diener der Monarchie, die — trotz Entrüstungsdepeschen — Katholicismus und Centrum in preussischen und deutschen Landen eifrig hegt.

**Centrumsmascherade.** Im Anschluß an die Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform in Köln, über die wir an anderer Stelle dieses Blattes berichtet, wurde am Montagabend eine öffentliche Versammlung abgehalten, die Gelegenheit gab, die Centrumsdemagogie in Arbeiterfragen zu beobachten. Der nationalsozialistische Herr Tischendorf hatte in dieser Versammlung der vereinigten Anhänger bürgerlicher Limonaden-Sozialreform die kläglichen Zustände des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland dargestellt und ein freiheitliches Vereinsgesetz gefordert. Darauf trat der Centrums-Abgeordnete **Trimborn**, der zugleich die Versammlung leitete, auf; er dankte dem Redner für seine Ausführungen, welche, wenn man auch im einzelnen nicht derselben Ansicht sei, wie Tischendorf, doch ein Bild vollständig unhaltbarer Zustände gegeben hätten, die hauptsächlich auf die Gleichgültigkeit zurückzuführen seien; man müsse daher entschieden auf eine Aenderung der letzteren dringen. Während Deutschland auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung an der Spitze aller Nationen marschiere, stehe es auf dem Gebiete der Sicherstellung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter weit hinter Frankreich, England und Amerika zurück. Ohne Ausgestaltung des Koalitionsrechts sei eine gesunde Arbeiterbewegung gar nicht denkbar. Den Arbeitern müsse dieselbe Freiheit gewährt werden, wie den Arbeitgebern.

Wir haben keinen Anlaß, die Ueberschätzung des deutschen Versicherungswesens wiederum zu widerlegen. Wenn aber das Centrum mit Herrn Trimborn — und dieser ist einer der maßgebenden Männer des Centrums in Arbeiterfragen — der Ansicht ist, daß eine gesunde Arbeiterbewegung ohne freies Koalitionsrecht nicht denkbar ist, so liefert Herr Trimborn mit dieser Erklärung, welche die Arbeiterfreundlichkeit hell erstrahlen lassen soll, vielmehr den Beweis der schändlichsten Vernachlässigung der Arbeiterschaft durch das Centrum.

Wäre das Centrum im Reichstag, wo es die herrschende und entscheidende Partei ist, jemals entfernt so eifrig für die Schaffung des freien Koalitionsrechts eingetreten, wie es jetzt für den **Hollwucher** eintritt, so wären die besagten Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht längst gemildert. Aber das ist Centrumsdogma: Wenn man die Arbeiter durch erhöhte Stornzölle auszunutzen sich aufschickt, dann ist es ersprießlich, einen Trimborn vorzuschicken und sich in der Maske der Arbeiterfreundlichkeit zu zeigen! —

**Die Welt geht unter!** Fürchterliche Enthüllungen verbreitet die „Neuz-Zeitung“ über den socialdemokratischen Parteitag. Sie bringt die folgende Zuschrift eines entgeisterten Patrioten:

Am Sonntag, 14. d. M., befand ich mich in München. Das erste, was mir auf dem Bahnsteig des Central-Bahnhofes auffiel, waren zwei Männer, die mächtige Schilder trugen mit der Aufschrift: „Empfangsausschuß des Parteitages der deutschen Socialdemokratie“. Dagegen wird man ja nichts einwenden können. Einigermassen erkrankt war ich aber, eines der großen Portale, durch die man den Querbahnsteig verließ, mit Kränzen und Gewinden schön geschmückt zu finden. Darüber waren Fahnen in allerlei Farben angebracht, aber sämtlich mit großen roten Schleifen versehen. In der Mitte endlich prangten auf blutrotem Grunde die Worte: „Parteitag der deutschen Socialdemokratie“. Es macht doch einen eigenartigen Eindruck, ein königlich bayerisches Staatsgebäude zu Ehren der Umsturzpartei mit den Farben der Revolution geschmückt zu finden. Wir wenigstens geht dies über die Gemütsfreiheit.“

Und das Blatt bemerkt dazu: „Wenn uns die vorstehende Nachricht von anderer Seite zugegangen wäre, würden wir an ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln. Das Schreiben, in dem sie wiedergegeben wird, rührt jedoch von einem durchaus zuverlässigen Freunde unserer Zeitung her, bei dem eine irrthümliche Auffassung seiner Wahrnehmungen ausgeschlossen erscheint.“

Die entsetzte „Neuz-Zeitung“ kennt noch nicht einmal die ganze, schreckliche Wahrheit. Im Parteitag zweiter Klasse — man denke an die erste Klasse — hatte der Empfangsausschuß seine Niederlassung. Die Eisenbahndirektion bezieht sich alle Wünsche hinsichtlich der Eisenbahnverwaltung auf Befehl des Königlich bayerischen Hofbräuers — man denke: staatliches Bier! — stellte sich bereitwillig der roten Kotte zur Verfügung. Ja, selbst die preussische Eisenbahnverwaltung beförderte dadurch, daß sie für die socialdemokratischen Delegierten Hunderte von ansehnlichen und ihnen in staatlichen Wagen Plätze anwies, den Umsturz.

Rebenbei sollte man wirklich von den Eisenbahn-Verwaltungen, sofern sie ein Herz für ihr Fach haben, erwarten, daß sie gewisse Sympathien für die Socialdemokratie haben. Denn nirgends sind die Interessen und der Fortschritt des Verkehrs so gut aufgehoben, wie bei der Socialdemokratie, während die Konservativen nicht minder heftige Feinde des „Verkehrsunsinns“ sind wie die Schwarzen. —

**Die Politik der Schwundinzerate.** Es ist unmöglich, all den Unsinn und all den Schwindel zu würdigen, den die bürgerliche Presse aus Anlaß meines Münchener Parteitages hervorbringt. Unser Parteitag muß außerordentlich tief- und tiefstichselig sein, wenn die Gegner nur gegen die unreinlichen Gebilde ihrer eigenen Phantasie zu wettern vermögen. Ganz Hervorragendes leistet auf diesem Gebiete natürlich die „Post“. Da liegt man z. B. einen schönen Artikel über Theorie und Praxis der Socialdemokratie, in dem bewiesen wird, wie die Socialdemokratie „praktisch alles vermeidet, was ernstlich geeignet wäre, die natürlichen Begierden und rohen Instinkte der Menschen zu zügeln“; das habe sich gezeigt bei dem Antrage, „der verlangte, die Sonntag-Beilage des „Vorwärts“ sollte in ihrer Annoncen-Beilage alle „Schwindelhaften“ und alle „unethischen“ Inzerate, die vielfach Mißfallen in der Partei erregt hätten, vermeiden. Solch ein Antrag mußte natürlich der Partei, die anlässlich der lex Heinze besonders laut ständlierte und jede Bekämpfung der Unästhetik verwirrt, recht un bequem sein, und man veranlaßt mit dem Hinweise darauf, daß der Annoncentheil verpackt sei und man deshalb keinen Einfluß darauf habe, die Antragsteller dazu, ihren Antrag zurückzuziehen. Dieser Hinweis hätte freilich die Antragsteller nicht befriedigen sollen. Sie hätten sich erkundigen sollen, ob eine „Genossen“- oder eine Bourgeoisfirma den Inzeratenteil gepachtet habe, und überhaupt die Frage aufzuwerfen, ob die Partei es nicht für einen Verstoß gegen ihre Grundzüge erkennen müsse, daß der Inzeratenteil an einen Unternehmer vergeben wurde, der ganz unbeschränkt darüber verfügen könne und, unbestimmt um sittliche oder reale Grundzüge, annehme, was gut bezahlt werde, ohne daß die Partei der höchsten Tugend — d. h. nach ihren billigen Pflichten — daran irgend etwas ändern könne. . . . Darum ist es doppelt nötig, daß bei dieser Gelegenheit der parlamentarische Parteitag einmal die Heuchelmaske vom Angesicht gerissen wird. Wie das vorliegende Beispiel zeigt, hat die Socialdemokratie gar keine Verachtung, sich als Wächterin und Zückerin in Dingen des Erwerbes auszuspielen, denn sie selbst beweist, daß ihr das gute Geschäft höher steht, als die guten Grundzüge, denn wollte sie an die Verpackung irgend welche beschränkende Bedingungen knüpfen, dann würde der Wächter natürlich weniger zahlen.“

Es zeigt von einem ungewöhnlichen Ungehörigkeit des mit der vorstehenden Enttarnung beauftragten Schreibers, daß er sich zum Angriff gerade das Gebiet ansucht, auf dem, wie selbst die verbissenen Socialistenfänger zugeben, die Socialdemokratie in jeder Hinsicht makellos und vorbildlich wirkt. Kein bürgerliches Blatt läßt eine

so strenge Inzeratencensur aus wie die socialdemokratische Presse, die ihren Grundsatz geschäftlicher Sauberkeit zu Liebe auf große Einkünfte verzichtet, wie denn auch unsere Presse nicht der Schwundelprogreß der „Post“ huldigt, durch Vorpiegelung falscher Thatsachen Inzeraten anzuloden. Gerade jetzt gegen die Inzeratenbeilage der „Neuen Welt“ gerichtete Antrag beweist, wie streng man in unsern Kreisen über das Inzeratenwesen denkt. Erfohlen ist es, daß irgend jemand die Aufnahme anstößiger Inzerate verhindert hätte. Erfohlen ist es auch, daß die Verwaltung der „Neuen Welt“ dem Inzeratenpächter keine Beschränkungen auferlegt hätte; in Wahrheit war die Ausschließung derartiger Inzerate kontraktliche Bedingung. Trotzdem schlüpfen ab und zu bedenkliche Inzerate durch, und sofort erhob sich ein heftiger Widerspruch aus den Reihen der Parteigenossen, deren Beschwerden auch durchaus als berechtigt anerkannt wurden.

Wir haben bisher noch nichts davon gehört, daß jemals das gebildete und besitzende Bürgertum gegen die Schamlosigkeit des Inzeratenmarktes seinen Wächter Protest erhoben hätte, die einen großen Teil ihrer Einnahmen aus Kuppelrei und Schwindel beziehen, während die Presse des Proletariats sich inmitten der kapitalistischen Verderbnis ihre Sauberkeit zu bewahren weiß. Die „Post“ richtet also ihre Kopfgeldsprüche an eine falsche Adresse; freilich ist ihre ganze politische Thätigkeit nur eine einzige fortlaufende Reihe von — Schwundelinzeraten, die von den Justizbaronen bezahlt werden. —

**Für eine Aenderung des preussischen Wahlreglements** hat sich der Ausschuß des nationalliberalen Wahlkomitees der Provinz Westfalen ausgesprochen. Dem nationalliberalen Delegiertentag in Eisenach soll der Antrag unterbreitet werden,

„an die preussischen Landtagsabgeordneten der Partei das Ersuchen zu richten, sofort bei Beginn der Session auf den Erlass eines neuen, weniger unständlichen Wahlreglements hinzuwirken, durch das schon für die kommenden Neuwahlen die Möglichkeit einer glatten Abwicklung des Wahlganges auch in den stark bevölkerten Wahlkreisen sichergestellt wird, und eine gerechtere Abgrenzung der Wahlkreise, sowie zugleich die Beseitigung der dem ganzen Dreiklassen-Systeme hohen stehenden Bezirksdreiteilung energisch anzustreben.“

Die braven Nationalliberalen sind weit entfernt davon, die Ungeheuerlichkeit der Dreiklassenwahl zu beseitigen oder auch nur zu mildern; im Gegenteil, sie fordern, daß der plutokratische Charakter des Wahlsystems durch Beseitigung der Bezirksdreiteilung noch deutlicher und krasser zur Geltung komme. —

**Protestantische Inquisition.** 193 Geistliche der Provinz Schleswig-Holstein verlangen in einer Eingabe an das Kultusministerium, daß der Kieler Professor der Theologie Baumgarten, der teufelischer Ketzerei hinreichend verdächtig sei, verbannt, d. h. — nach unsren modernen Sitten — seines Amtes entsetzt werde. Als Grund des Verlangens wird in dem pastoralen Notwendich der 193 u. a. das Folgende angegeben:

Wir haben bislang es schweigend ertragen, daß — trotz aller Versicherung von hoher und höchster Stelle, man wolle den konfessionellen Charakter unsrer Landeskirche wahren und schützen — immer wieder principiell Gegner der lutherischen Bekenntnisse an unsrer Landesuniversität angeheftet sind —, wie stehen jetzt vor der Frage, ob wir dazu schweigen dürfen, daß die moderne Theologie uns die letzten Fundamente unsres Glaubens — die Heilthatsachen, auf welchen unsre Erlösung beruht — ontartet und unzulässig nicht zu unterschätzen: — die Abdröckelung der kirchlich gläubigen Kreise, welche bisher das Salz der Kirche waren, die Propaganda des Katholizismus einem bedeutungslosen Protestantismus gegenüber, die Zunahme einer socialistischen Glaubens- und Verleumdungslosigkeit bei den Massen! — wahrlich, diese handgreiflichen Nothstände reden eine deutliche Sprache. Wir sprechen daher die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die in unsrer Eingabe vom 8. Dezember 1890 ausgesprochene Bitte, „bei den Besetzungen der akademischen Lehrstühle der theologischen Fakultät in Kiel mehr als bisher den konfessionellen Charakter der Schleswig-holsteinischen Landeskirche zu berücksichtigen“, nunmehr Gehör finden werde, und daß insbesondere die Professur für praktische Theologie nicht ferner einem Manne anvertraut bleibe, der dem Bekenntnis unsrer Kirche feindselig gegenübersteht.“

Die evangelische Pfäfferei ist nicht minder unduldsam wie die katholische, und man kann es in der That verstehen, daß die Herren gelehrte Agenten des vollen, ungewässerten Glaubens statt der Halben und Lauen verlangen. Allerdings ist augenblicklich auch in der Theologie „oben“ die Politik der Mitte beliebt, und so wird man wohl dem verdächtigen Baumgarten höchstens einen bodenständigen Strafprofessor zur Seite setzen. —

**Socialdemokratische Kavallerie.** Das „Sächsische Vaterland“ rügt in seiner letzten Nummer, daß es den Regierungen nicht gelungen wäre, die großen Gesichtspunkte, welche die rücksichtslose Bekämpfung der Umsturzpartei gebieten, geltend zu machen und dadurch die Gleichgültigkeit der Arbeitgeber gegenüber der socialdemokratischen Gefahr zu überwinden. Am nicht in den Ruf der Körperlei zu kommen, verläßt das „Sächsische Vaterland“ nicht, der Reichsregierung einen großen Gesichtspunkt zur Ueberwindung der Socialdemokratie an die Hand zu geben. Es schreibt:

Wenn man alle diejenigen Rekruten, die sich als socialdemokratische Agitatoren oder als deren Handlanger hervorgethan, ohne weiteres den berittenen Waffen zuteilte, die eine dreijährige Dienstzeit haben, so würde diese Praxis so manchen jugendlichen Heißhörn abhalten, der Socialdemokratie seine Unterstützung zu leihen.

Das „Sächsische Vaterland“ will das dritte Dienstjahr nicht als Strafe aufgeschikt wissen, sondern als eine Maßregel der Erziehung. Wir können die Sorgen der Niemenkassener Konservativen voll nachempfinden, trotzdem möchten wir gegen den großen Gesichtspunkt einige Zweifel einzuwenden erheben. Daß man alle socialdemokratischen Rekruten zu Mittern stampeln und die Kavallerie zu einer socialdemokratischen Reinführung machen will, dagegen haben wir ja nichts. Könnte aber das dritte Dienstjahr den Rekruten statt zu „bessern“, nicht eher verbittern? — Außerdem ist die Frage nicht ganz unberechtigt, ob bei der Einmischung der Socialdemokratie in einem bestimmten Truppenteile nicht das Unteroffizier- und Offiziercorps politisch inofficiert werden könnte.

Zum Schluß sei das Eingeständnis des konservativen Partei-Organs verbannt, daß die Erlasse des sächsischen und preussischen Kriegsmilitärministeriums gegen die Verhätigung socialdemokratischer Gesinnung im Heere eigentlich zwecklos seien. Die periodische Durchsicht der Kasernenbibliothek habe bisher nur spärliche Ergebnisse geliefert. Socialdemokratische Flugblätter und Zeitungen würden nicht in die Kasernen verschleppt, daher warnen die Agitatoren ihre Leute selbst. Das „Vaterland“ erklärt schließlich ganz resigniert:

Wir fürchten, daß die aus Indultbezirk gezogene Rekruten mit wenigen Ausnahmen gerade so rot zur Reserve überzutreten, wie sie waren, als sie den Fahnenstreifen leisteten.

Wir freuen uns, daß sich das „Vaterland“ allmählich zu unsrer Meinung bekehrt hat. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Ausweisung streikender Arbeiter.

**Paris, 21. September.** (Fig. Ver.) Die Weber von Durscamp (Seine et Oise) streiken bereits seit 8<sup>1/2</sup> Monaten in einem Abwehrstreik wegen Lohnverhütung. Die Ausdauer der Arbeiter ist desto anerkennenswerter, als sie sich zum erstenmal gegen die unternehmerliche Bedrückung, die jahrelang in jealicher Form auf ihnen lastete, auflehnten. Zudem hat der Fabrikant es verstanden, in den Arbeitern jedes Solidaritätsgefühl zu erlösen, indem er kein Personal systematisch einerseits aus der rücksichtigen Bretagne und andererseits aus dem Großherzogtum Luxemburg kommen ließ. Die national gemischte Arbeiterchaft lebte in stetem inneren Haß und erregt gebuldig die brutalsten und primitivsten

Formen der Ausbeutung. Aber endlich in den Streik gedrängt, erlebten die Arbeiter eine sittliche und geistige Wiedergeburt. Die Bretonen und Luxemburger kämpften Schulter an Schulter mit seltener Ausdauer, trotz der entsetzlichsten Entbehrungen, bei höchst mangelhafter Unterstützung von außenwärts.

Der Unternehmer rechnete aber noch immer auf die Ausbuchtung der Streikenden und er wird von der Behörde namens der „Arbeitsfreiheit“ unterstützt, nachdem er eine Anzahl Streikbrecher angeworben hat. Die politische Schlichterlei der Ausständigen hört nicht auf. Den thätigsten Mitgliedern der neugeschaffenen Organisation werden allerlei Prozesse angehängt. Zuletzt hat die Regierung gar drei ausländische Streikende ausgewiesen, die Arbeiter Schneider, Kneip und Bernard. Dabei ist einer der Ausgewiesenen erst seit einigen Tagen Vater geworden, seine Frau liegt noch im Wochenbett. . . . Freilich ist der Fabrikant von Durscamp — radikaler Parteigänger, aber ministerfreundlich gesinnt.

Von den ministeriellen bzw. ministerfreundlichen Socialisten haben bisher gegen den Willkür der Regierung nur die Mässen protestiert. Ihr Vorifer Sekretariat schließt seinen Protest mit der Erwartung, daß die Regierung diese herausfordernde Maßnahme zurücknehmen wird, will sie anders nicht alle freien Menschen und eine Menge ihrer Anhänger gegen sich aufbringen“. Abwarten! —

### Combes' Rede. — Kammerwahl.

**Paris, 22. September.** (Fig. Ver.) Ministerpräsident Combes hat mit ziemlicher Eile eine Gelegenheit gesucht und gefunden, die chauvinistischen Entgleisungen Pelletans und, wenn man will, auch des Kriegsministers Andros namens der Regierung zu desavouieren. Schon hatte sich die Opposition der Pelletanschen Reden als einer neuen Angriffswaffe gegen das Kabinett bemächtigt. Die sonst gewerdbemühige chauvinistische Politik suchten aus den chauvinistischen Anhängern des Marineministers der Regierung einen Strich zu ziehen. Der liberal-monarchistische Abg. **Denys Cochin** kündigte eine bezügliche Interpellation an. Der solide „Temps“ erwog bereits die Notwendigkeit der Abfürgung der zwei Minister und die Möglichkeit einer Ministerkrise. Combes mußte sich also mit seiner Friedensrede besellen, selbst wenn ihn Loubet — entgegen dem verbreiteten Gerücht — dazu nicht gedrängt hätte. Auch hat er, wie bereits mitgeteilt, sehr deutlich gesprochen.

In der Kammerwahl von Libourne (Gironde-Departement) wurde der Nationalist Joseph Brisson, dessen Mandat kassiert worden war, im ersten Wahlgang wiedergewählt. Er erhielt 8388 gegen 7005 inkeradikale Stimmen. In den allgemeinen Wahlen hatte der Nationalist in der Stichwahl mit 8448 gegen 8858 Stimmen gesiegt. Bei der nur unerheblichen Stimmenverschiebung kommt dieser Nachwahl keine allgemeine Bedeutung zu. —

### Dänemark.

**Die Wahlen zum Landsting,** deren Resultat bereits nach einem Telegramm mitgeteilt wurde, haben dazu geführt, daß die Zahl der Abgeordneten im dänischen Oberhause, die infolge ihrer Parteistellung Anhänger des gleichen kommunalen Wahlrechts sind, von 17 auf 22 gestiegen ist, wovon 21 Liberale sind und einer Socialdemokrat. Die Zahl der Gruppenkonservativen ist von 35 auf 29 gesunken, die konservativen Sonderkandidaten der „Aktion“ sind ihrer 8 geblieben, die Gemäßigten Liberalen sind von 3 auf 4 gestiegen. Bild-Konservative sind drei in das Landsting gekommen und die Agrarier haben von ihren beiden Mandaten eines eingebüßt. An eine Vermehrung der socialdemokratischen Vertretung im Landsting konnte bei diesen Wahlen nicht gedacht werden, jedenfalls aber werden die nächsten Landstingswahlen, an denen Kopenhagen, Aarhus und andre größere Städte beteiligt sind, dazu führen. Durch die nun entstandenen Parteiverhältnisse im Landsting ist zwar noch keine Mehrheit für die Einführung des gleichen kommunalen Wahlrechts, der wichtigsten der von der liberalen Regierung geplanten Reformen, gegeben, die Regierung ist aber in den Stand gesetzt, sich durch Auflösung der vom König ernannten Landstings-Abgeordneten eine solche Mehrheit zu verschaffen. —

Ganz besondere Beachtung verdient das **Fiasco** der Agrarier in einem Lande wie Dänemark, wo die landwirtschaftliche Produktion die Haupterwerbsquelle bildet. Die „Agrarvereinigung“, der Bund der Landwirte Dänemarks, hatte es nach neunjähriger eifrigster Agitation und energischer Teilnahme an drei Follstehungs- und zwei Landstingswahlen zu zwei Landstings-Abgeordneten und zu keinem Follstehungsmandat gebracht. Nur hofften die Agrarier, es bei diesen Wahlen mindestens auf sechs Landstingsmänner zu bringen und agitierten mit ganz besonderer Energie für die Wahl des Präsidenten der Agrarvereinigung, Andersen-Rosendahl. Aber nicht allein er wurde nicht gewählt, sondern auch der eine von den zwei Agrariervertretern im Landsting wurde durch einen Liberalen verdrängt. Nichts beweist besser, wach schwachen Anhang das unsrem deutschen verwandte dänische Agrarertum unter der Landbevölkerung Dänemarks besitzt. —

### Amerika.

**Tammann Hall in St. Louis.** Eine amtliche Korruption von solchem Umfang, daß sie selbst in den Vereinigten Staaten Aufsehen erregt, ist in St. Louis enthüllt worden. Die Staatsanwaltschaft hat neunzehn Stadträte wegen Annahme von Bestechungsgeldern bei Gewährung städtischer Konzessionen verhaftet lassen. Diese Reuegehn beherrschten die Abstimmung des Stadtrates in allen Fällen. Sie hatten sich nach Art echter Spießhüben unter Anrufung Gottes bei Todesstrafe gegenseitig verpflichtet, ihre Kameraden geheim zu halten. Eine Gesellschaft, welcher sie eine Straßenbahnkonzession verweigerten, hatte ihnen 150000 Dollar dafür bezahlt. Bei der Submission der städtischen Beleuchtung schlugen sie 47000 Dollar für sich heraus. Für diese beiden Fälle hat das Gericht das Beweismaterial zur Stelle. Es wird aber als sicher angenommen, daß die 19 Verhafteten alle seit ihrem Amtsantritt gewählten städtischen Konzessionen auf diese Weise verschafft haben. Parteunterschiede spielen bei solcher amtlichen Korruption niemals eine Rolle. Von den neunzehn Stadträten waren elf von den Republikanern und acht von den Demokraten erwählt worden. Unter ihnen befinden sich auch neun Deutsche. Die Verhafteten haben mächtige Freunde, und da sie auch viel Geld haben, so wird es zu langwierigen Prozessen kommen.

## 104. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 23. September.

Die **Spezialdiskussion** setzt ein bei den Positionen 30 und 31. Hopfen und Hopfenmehl, die von 60 auf 70, resp. 90 auf 100 M. in 1. Lesung erhöht wurden.

**Speck** will seinen Antrag 1. Lesung, den Zoll für Hopfen auf 60 M. herabzusetzen, nicht wieder erbringen, um nicht unnütz die Zeit hinzubringen. Redner polemisiert dann gegen v. Wangenheim, der 100 resp. 160 M. Zoll beantragt. Solche Zölle seien mannehmbar. Nur die Schmelzware mache dem bayerischen Hopfen Konkurrenz.

**v. Wangenheim** wiederholt zur Verteidigung seiner Anträge, seine gefrige Erklärung, daß landwirtschaftliche Korporationen diese Zölle wünschten.

**Mollenhuth:** Deutschland führt Hopfen mehr aus als ein, darum ist ein Zoll unverständlich. Nur Oesterreich führe Hopfen bei uns ein; sperre man diese Einfuhr ab, dann halte man auch ausländische Käufer vom deutschen Markt fern. Davon habe der Hopfenbauer keinen Vorteil; ebensowenig werde die Bran-Industrie geschädigt. Der Zoll müsse in Oesterreich preisdrückend wirken, daß gebe einen Rückschlag zu Ungunsten des deutschen Hopfenbauers. Kommt der Saager Hopfen nicht herein, dann kommt mehr Bier ins Land und schädigt die Bran-Industrie.

**Pachnide** wendet sich gegen die Beschlüsse erster Lesung. **Speck** findet in Mollenhuths Ausführungen keine gewisse Konsequenz. Der Zoll drücke sich nie in voller Höhe im Preise aus,

Das gebe auch Rollenbuhr zu, bei den Getreidezöllen hätten die Socialdemokraten aber entgegengefragt argumentiert. Auf den Bierpreis habe der Zoll gar keinen Einfluss.

Sein Widerspruch hinsichtlich Ausfuhrzöllen. Rollenbuhr bestreitet, sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht zu haben. Allerdings sei ein Unterschied zwischen Getreide und Hopfen. Ersteres werde nicht genügend zum Bedarf im eigenen Lande gebaut, während Hopfen ein Ausfuhrartikel sei, für dessen Preisbildung andere Faktoren maßgeblich seien. Wo Deutschland auf Einfuhr angewiesen ist, werde der Zoll preissteigernd wirken. Die schwankenden Preise für Hopfen hängen von der Ernte ab. Wichtig sei, daß die Bierbrauerei mehr vom Großkapitalismus in Beschlag genommen sei, aber das sei die Eigenheit der ganzen Wirtschaftsweise. Je mehr die Großbrauerei um sich greife, um so mehr werde auch der Hopfenbau gedrückt, denn die Großbrauerei habe weniger Bedarf an Hopfen. Die christlichen Bauernvereine bedrohten sich mit ihren Forderungen in Wangenheimischen Anschauungen.

Ein Schlußantrag kam nicht zum Ausdruck. Die Beschlüsse erster Lesung werden angenommen. Gegen die Schlußmacher opponiert Stadthagen und verlangt eine Wiedereröffnung der Debatte, damit die angegriffenen Abg. Müller-Sagan und Pachnide, denen das Wort abgeschnitten wurde, sich verteidigen können.

Müller und Pachnide protestieren gegen das Verfahren ebenfalls und verteidigen sich in persönlichen Bemerkungen.

In Position 37 liegen redaktionelle Änderungen der Subkommission, sowie Anträge über Zollrücktionen v. Wangenheim vor. Letztere werden abgelehnt, erstere angenommen.

In Position 48, Obst, beantragt v. Wangenheim höhere Zölle als in erster Lesung beschlossen wurden, so für Äpfel, Birnen, Quitten, unverpackt 1 M., die erste Lesung läßt diese Sorten vom 1. Oktober bis 15. November zollfrei.

Antrieb bekämpft den Zoll, der den Preis des Obstes zum Schaden der Konsumenten verteuere. Der Obstbau werde in Deutschland vielfach nicht rationell betrieben; dagegen beste aber nicht der Zoll, der im Gegenteil jeden Aufschwung im Obstbau verhindere. Bei vernünftigerer Obstbaupflege würden auch bessere Preise erzielt. Selbst in der Aufzucht von Obst zeigen sich schwere Mängel. Es gäbe viel Land noch zum Obstbau, Hänge, Gauen, Triften usw. Halte man die Landwirte zu rationellem Obstbau an, umge man ihnen mehr. Mit der Zeit könne man es dann dahin bringen, daß in Deutschland genügend Obst zum eigenen Bedarf erzielt werde. Durch den Zoll auf Obst werde nicht der geringste Vorteil für die Obstbauern gewonnen. Wissenschaftliche Kreise empfehlen aus hygienischen Gründen den Genuß von Obst, das durch den Zoll nun noch verteuert werden soll. Die Konservenindustrie habe ebenfalls Schaden davon, die jetzt schon unter der englischen Konkurrenz leide. Es wird ebenfalls die Preise ihrer Produkte erhöhen, und so die Konsumenten schädigen. Außerdem würde der Zoll drückend auf die Löhne, so daß die Arbeiter nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten geschädigt werden. Die Herr v. Wangenheim seine Anträge stelle und begründe, siehe einzeln da. Hätten wir noch eine dritte oder vierte Lesung, würde er bei jeder Lesung höhere Anträge bringen, die er mit stereotypen, aber nichtsagenden Reden begründet.

Württembergischer Ministerialrat v. Schneider sympathisiert wohl mit den Ausführungen Antriebs hinsichtlich der Förderung des Obstbaues. Zur Vereinfachung des Obstzolltarifs müsse das unverpackte Obst zollfrei bleiben. Es freue ihn, daß Antrieb dem auf ziemlich hoher stehenden Obstbau Württemberg Anerkennung gezollt habe. Redner bittet, die Frist für zollfreien Eingang unverpackten Obstes zu beseitigen und die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Wallenborn tritt für die Beschlüsse 1. Lesung ein, wenn er auch eine Vertagung der Frist für thumlich läßt.

Blankenborn wünscht keine Einschränkung des Obstzolltarifs, aber die Beschlüsse erster Lesung lämen auch den württembergischen Verhältnissen entgegen; einer Erweiterung der Frist in zweiter Lesung im Plenum würde er sich nicht widersetzen.

Wallenborn beantragt, die Frist für Zollfreiheit auszuweiten, und zwar vom 25. September bis 25. November für unverpacktes Obst, und die Worte: in Schiffe- oder Wagenladungen — zu streichen.

Müller-Sagan giebt zu, daß durch bessere Transportwege eine Verbilligung der Obstpreise erzielt werden könne, aber dann möge man an den Bau des „Lautelkanals“ gehen. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen Heines, die er zu widerlegen durch den Schluß der vorigen Debatte verhindert war.

Ein Schlußantrag Siegs wird angenommen. Angenommen wird der Antrag Wallenborn.

In Position 49, Vananen, beantragt Pajsa, getrocknete z. zollfrei zu lassen.

Graf Vosadowich stellt gegen den Antrag Pajsa keinen Widerspruch der Regierung in Aussicht.

Der Antrag Pajsa wird angenommen. Schatzsekretär v. Zielmann erklärt, daß eine Reihe von „Anstimmigkeiten“ vielfach redaktioneller Art im Text enthalten seien; er werde Vorlage treffen, daß diese näher bezeichnet werden, so daß Änderungsanträge gestellt werden können. Redner moniert dann, daß die Herabsetzung des Kalaozolltarifs einen Anfall von zwei bis drei Millionen zur Folge haben werde, die des Ebezzolltarifs von 2 Millionen Mark, er wünscht daher die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Gamp und Spahn ersuchen um Zuführung des Materials über die „Anstimmigkeiten“.

Der Staatssekretär sagt dies zu. Dann wird die Generaldiskussion über den Antrag Abschnitt B: „Ergebnisse der Forstwirtschaft“ eröffnet.

Antrieb erklärt, daß selbst die Regierung in den Motiven zugebe, daß die Zollrücktionen der Vorlage durch nichts gerechtfertigt seien. Die Einfuhr von Kiefernholz sei stark gestiegen. Der Zoll verteuere das Rohprodukt für viele Industrien der Holzbranche und erschwere deren Existenz. Die betroffenen Industrien verzeichnen für die Ausfuhr ihrer Produkte ca. 1 Milliarde Mark; diese Ausfuhr gefährde der Zoll. Besonders auf das ausländische Holz angewiesen ist die Möbeldindustrie, dann die Wärfen- die Spiel- und Sportwarenindustrie, die Böttcherei, die Parkettbodenindustrie, die Klavierindustrie usw. Uebrigens seien die Holzpreise jahrelang so hoch gewesen, daß sie zum Anbau am deutschen Walde geeignet hätten. Nun werde ausländisches Holz um so nötiger gebraucht. Die Behauptung, daß der Zoll vom Auslande getragen werde, entspreche jeder Begründung. Ueber 100 Proz. sei der Zoll für verschiedene Holzsorten erhöht worden, das Ergebnis dieser Erhöhung betrage ca. 11 Millionen Mark und zeige, wie stark einzelne Industrien belastet werden. Eine einzige Fabrik habe infolge der Zollrücktionen jährlich 8000 M. Zoll mehr zu zahlen, als bisher. Natürlich werde sie den Preis ihrer Produkte erhöhen, damit erchwere sie freilich den Absatz ihrer Produkte und dies schädige auch die Existenz der Arbeiter, Lohnbruder und Arbeitslosigkeit sei die Folge. Wo bleibe da der Vorteil dieser Zollpolitik, den der Handelsminister Müller für die Arbeiter in Aussicht gestellt habe? Zudem verklammere man den Arbeitern das Kooperationsrecht, das ihnen ein Hilfsmittel gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft sein könnte. Es bedarf oft harter Kämpfe, um eine geringe Lohnrückhöhung durchzusetzen. Da kommt nun die Regierung und wohnt mit ihrer Vorlage mit einem Streich alle Erwartungen aus und trägt die Last der Herabdrückung der Lage der Arbeiter, hier speziell der Holzarbeiter, bei. Diese Wirkung giebt selbst die „Nachzeitung“, das Organ verschiedener Unternehmerorganisationen der Berliner Holzindustrie, zu. Das Handwerk wird ebenfalls schwer getroffen, das schon infolge der Ausdehnung großkapitalistischer Betriebe zerrieben wird. Und das nennt man Mittelstandserleichterung, während es in der That eine Verarmung des Mittelstandes sei. Nichts rechtfertige dieses Vorgehen gegen die Industrien, die ca. 2 1/2 Millionen Menschen beschäftigen. Die Forstwirtschaft befände sich in keiner Notlage; denn der deutsche Wald besitze sich zu circa 33 Prozent im Staatsbesitz, zu 19 Prozent im Besitz von Gemeinden, Stiftungen usw. und

die kleinere Hälfte gehöre Privaten, meist Großgrundbesitzern. Hat der Staat Ursache, behufs besserer Rentabilität des Waldes den Zoll zu erhöhen? Die Erträge der deutschen Staatsforsten seien gestiegen und ständen höher, als die anderer Staaten, also sei kein Grund für den Zoll vorhanden. Wenn soll nun geboten werden? Den Landesherren, den großen Waldbesitzern? Sie sollen zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung begünstigt werden. Der Häuserbau wird verteuert, die Wohnungsnot verschärft, das sind auch Folgen dieser Zollpolitik. Dabei gebe man den Zoll als ein Zahlungsmittel aus, das die deutsche Landwirtschaft in den Stand setzen soll, alles, was an landwirtschaftlichen Produkten im Lande gebraucht wird, selbst zu bauen. Das sei unmöglich und erweise lächerlich. Das Ganze laufe auf eine Verankerung der Besitzenden und eine ungeheuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung hinaus, dann müsse jeder diese Zölle ablehnen.

Pachnide greift auf die Debatte der ersten Lesung zurück und befreit den Rückgang des deutschen Waldes. Auch die Holzpreise seien noch günstig — kein Grund zu einer Schutzbedürftigkeit sei vorhanden, und von einer Venerapolitik könne nicht geredet werden, da durch diese Zölle nur die großen Begüterten begünstigt würden. In der Specialdiskussion wurden die Positionen 91, 92 und 93 zusammengefaßt: Gerbrüden, Quebrachoholz, Gerbstoffe.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Mollenbuhr tritt für den Antrag ein. Die deutsche Gerberei habe einen Aufschwung zu verzeichnen, weil sie ausländische Gerbstoffe mit verwandte. Es können überhaupt in Deutschland nicht genügend Gerbstoffe für den inneren Bedarf erzeugt werden. Starke Widerspruch der Gerberei und der Lederindustrie hätten die Zollrücktionen hervorgerufen. Beste Bevölkerungsteile würden empfindlich benachteiligt.

Die Nationalliberalen beantragen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Redner begründet den Antrag. Graf Vosadowich tritt ebenfalls für die Regierungsvorlage ein. Aus den Produktionsbeziehungen weist Redner nach, daß ergotische Gerbstoffe Lebrinde nicht verdrängen.

Schüler (Centrum) ist für höhere Zölle. Quebracho-Gerbstoff schädige das Leder. Der deutsche Eigenschälwald müsse geschützt werden.

Handelsminister Müller widerlegt die Angaben des Vorredners. Ein Schlußantrag Stubbendorfs wird angenommen. Der socialdemokratische Antrag wird abgelehnt, ebenso der nationalliberale Antrag, die Beschlüsse erster Lesung bleiben bestehen.

Dann tritt Generaldebatte über den Unterabschnitt C, Viehzölle betreffend, ein.

Müller-Sagan nimmt Bezug auf ein Flugblatt der Landwirte, das falsche Angaben über den Import von Schafen gemacht habe. Die Fleischsteuerung sei nicht auf Manipulationen der Händler zurückzuführen, die Preise haben eine dauernde Steigerung erfahren. Der preussische Landwirtschaftsminister habe kürzlich sonderbare Ausführungen über die Fleischsteuerung gemacht. Die Verhältnisse im australischen Viehbestande wirkten auf den Weltmarktpreis ein, aber das rechtfertige nicht die hohen Fleischpreise in Deutschland. Jenseits der Grenze seien die Preise niedriger, die Grenzsperrre verhindere billigere Preise bei uns. Der Seuchenfall werde als Grund für die Grenzsperrre angegeben, aber es sei seit 20 Jahren kein Seuchenfall infolge des Viehimports nachgewiesen. Das Volk verstehe nicht, wenn angesichts der Fleischsteuerung noch Zölle auf Vieh aufgelegt werden.

Geheimrat Dr. Rapp meint, die Grenzsperrre liege nur in losen Zusammenhänge mit den Viehzöllen. Die Fleischsteuerung sei eine vorübergehende wirtschaftliche Erscheinung. Im Namen seines Chefs, des Landwirtschaftsministers, könne er erklären, daß über den Umfang und Stand der Fleischpreise Bericht angefordert werde von den Regierungspräsidenten zc. und daß nach den Ergebnissen dieser Untersuchung die Frage offen behandelt werden würde.

Stadthagen: Es sei dem hungernden Volke nicht gedient, die Fleischsteuerung als eine vorübergehende Erscheinung zu bezeichnen; es sei eine solche, die jedes Jahr wieder kommt. Die hohen Fleischpreise seien jedermann bekannt, um so verwunderlicher, daß das Landwirtschaftsministerium erst Anstalt darüber von den Regierungspräsidenten einholen müsse. Der Seuchenfall sei die Maske für die Grenzsperrre, der Zweck sei, hohe Fleischpreise zu erzielen. Von Jahr zu Jahr sind die Preise gestiegen, das wisse die Statistik aus. Der Konsumverein Leipzig-Gomewitz hat 2 Proz. des gesamten Antriebes auf dem Leipziger Viehhofe konsumiert — 9000 Tenuer für das Jahr 1901/02. Der Durchschnittspreis war 17 Mark höher als in den letzten 40 Jahren. Nimmt man nur einen um zehn Mark höheren Preis an, so läßt sich aus dieser Angabe berechnen, daß das deutsche Volk in diesem Jahre mindestens 500 Millionen Mark mehr für Fleisch auszugeben hatte. Das sollte sich das Landwirtschaftsministerium ad notam nehmen. Man rede vom Schutze der kleinen Landwirte, lasse aber durch das gehegte Vieh die Arbeit der kleinen Bauern aufstossen und schädige so unwillkürlich die Kleinbauern. Der Zoll auf die Fleischwaren trage wiederum nur den Großgrundbesitzern große Vorteile ein, aber nicht den kleinen notwendigen Landwirten, die selbst hohe Preise für Spanferkel und Anziech zahlen müßten. Die Viehzucht ist nach Angaben landwirtschaftlicher Hochschristen rentabel und trotzdem werde eine exorbitante Erhöhung der Viehzölle vorgenommen. Den kleinen Landwirt belastet man mit Futterzöllen, die Großgrundbesitzer spielt man mit hohen Viehzöllen, das ist die Politik, die hier getrieben wird: Der Großgrundbesitzer tritt als Ausbeuter, nicht als Schützer der kleinen Landwirte auf!

Wenn die Sätze der ersten Lesung hier angenommen werden, so ergibt sich, daß eine Steigerung des Zolles auf Rindfleisch um 800 Proz. herbeigeführt wird. Für ein Pfund Rindfleisch betrage die Verteuerung 16 1/2 Pfennig. So beste man das Volk aus, so belaste man die Arbeiter, daß die Fleischwaren für sie unmöglich wird, nur damit die Großgrundbesitzer große Gewinne einheimen können. Werden die Kommissionsbeschlüsse Gesetz, so wird Deutschland an der Spitze des Fleischwanders stehen, mit Ausnahme von Spanien, das die Herren Großgrundbesitzer als ihr Ideal zu betrachten scheinen.

Der Landwirtschaftsminister habe einen großen Irrtum befunden, als er seiner Zeit erklärte, daß der Viehzüchter keine höheren Preise für Viehprodukte erhalte. Er scheine die Zustände nicht zu kennen, wie auch aus den heutigen Erklärungen seines Kommissars zu erkennen sei. Redner zeigt zahlenmäßig die Preise für Vieh, wonach seit 8 Jahren die Preise stetig gestiegen seien. Der Landwirtschaftsminister müsse aus wunderbaren Quellen für seine Angaben schöpfen.

Die zweite Beratung ist dazu da, daß etwaige falsche Angaben auch seitens der Minister richtiggestellt werden, das sollte jetzt geschehen, denn die amtlichen Ausweise lauten anders, als die Angaben des Ministers. Es handelt sich bei den Viehzöllen nicht um einen Schutz gegen ausländische Konkurrenz. Jeder ehrliche Mensch muß zugeben, daß die Angaben der Agrarier und ihrer Protoktoren falsch sind. Die Gründe Pöbdielstis stehen im Widerspruch zu dem amtlichen Material. Um so mehr sollte man sofort an eine Beseitigung der Grenzsperrre gehen und die Zölle beseitigen. Aber es scheint die Absicht zu bestehen, die hohen Sätze der ersten Lesung trotzdem anzunehmen. Man wird im Plenum mit dieser Vorlage abbrechen. Die Regierungsvorlage bewegt sich in demselben Rahmen, wie die Forderungen der Agrarier. Das Prinzip ist: Verteuerung der Lebensmittel. Ich wünsche, daß bei Reichstagswahlen nicht mit so unwahren Angaben operiert wird, wie es geschehen ist seitens der Agrarier.

Bayrischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Seiger erklärt, daß auch in Bayern Ermittlungen über Fleischpreise und Fleischnot angestellt werden, diese aber noch nicht abgeschlossen seien.

Darauf wird die Sitzung 8 Uhr 10 Minuten vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Ueber den Münchner Parteitag herrscht in der Parteipresse, soweit sie bereits ein zusammenfassendes Urteil abgegeben hat, nur eine Stimme: Der Parteitag hat die Partei in alter Geschlossenheit und kampffroher Stimmung gegenüber dem gemeinsamen Feinde gezeigt. Es ängerten sich bis jetzt das „Hamburger Echo“, die „Leipziger Volkszeitung“, „Sächsische Arbeiterzeitung“, „Magdeburgerische Volksstimme“, „Schwäbische Tagwacht“, „Alteinsche Zeitung“, „Offenbacher Abendblatt“, „Märkische Volksstimme“ und „Nordd. Volksstimme“. In allen diesen Partei-Organen kommt ein Gefühl hoher Befriedigung über den Verlauf des Parteitages zum Ausdruck und seine Beschlüsse finden uneingeschränkte Zustimmung.

Die im Anfang der Verhandlungen begonnene Auseinandersetzung der beiden „Richtungen“, die diesmal unter der Firma „Neue Zeit“ gegen „Socialistische Monatshefte“ ging, wird zwar zum Teil als überflüssig bezeichnet, doch einmütig ist die Befriedigung über den Ausgang derselben und allgemein wird der Wunsch Ausdruck gegeben, daß sie ein letzter Nachhall der früheren äußerlich zum Teil unfruchtbaren Auseinandersetzungen waren, deren Grundlage aber keineswegs in tiefgehenden Differenzen über die Ziele der Partei zu suchen sind. Es drückt sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß dabei nur Unterschiede in der Beurteilung von Einzelfragen obwalteten, die sehr wohl nebeneinander bestehen könnten und immer bestehen werden, die nur ein Beweis für das rege und freie geistige Leben in der Partei sind, an ihrer einigen Geschlossenheit im Kampfe für die Befreiung des Proletariats aber nicht zu rütteln vermögen.

Schließlich sei noch das Urteil eines auswärtigen Genossen, V. d. V. d. S. hier wiedergegeben, der in einer Polemik gegen ein Brüsseler Blatt den ruhigen sachlichen Charakter der Münchner Verhandlungen hervorhebt, dann sagt, es scheint ihm, daß die Mehrzahl der Delegierten sich wenig um die theoretischen Streitigkeiten kümmern, daß sie aber alle einig seien über ihr Programm und daß sie alle mit geeinten Kräften in den nächsten Volkskampf eintreten würden und seinen Artikel schließt:

„Nachdem ich einige Tage in ihrer Mitte verweilt habe, fühle ich von neuem eine tiefe Bewunderung für ihre freiwillige Disziplin, ihren praktischen Idealismus, ihre vollkommene Beachtung für die Phrase und vor allem für ihr ausgezeichnetes Mittel der Propaganda, welches ihre Ehre ausmacht und ihre Kraft: die socialistische Presse. Dieselbe findet Verbreitung in allen Schichten der proletarischen Bevölkerung, und deren Ernst, Klarheit und theoretischer Wert erhebt zugleich diejenigen, welche die Mäntel redigieren, und diejenigen, welche dank des obligatorischen Schulunterrichts sie mit Erfolg zu lesen verstehen. In dieser Presse, welche den Socialisten Deutschlands zur Verfügung steht, müssen wir vor allem ein Exempel nehmen: sie ist es, durch welche die ungleiche Ueberlegenheit der socialistischen Arbeiter Deutschlands erreicht wird.“

Zur Kommunalpolitik. Der „Braunschweigische Volksfreund“ macht darauf aufmerksam, daß dem Genossen Lindmann bei seinem Referat über die Kommunalpolitik auf dem Parteitage ein Jertum unterlaufen sei in Beziehung auf das Braunschweigische Kommunalprogramm. Er hat scharf kritisiert, daß dieses Programm die Verweigerung aller Mittel für Klassenkämpfe fordere. Diese Forderung sei indes nur in dem Entwurfe zu dem Programm enthalten gewesen; das vom kürzlich abgehaltenen Leipziger Parteitage beschlossene endgültige Programm enthält keine solche Forderung. Außerdem werde auch in dem Programm entgegen dem Entwurfe die Abschaffung des Submissionswesens gefordert.

Eine wirksame Propaganda für die Socialdemokratie entfalte vor einigen Tagen die Polizei in Groß-Western (Wahlkreis Teltow-Beeslow). Bei der Verdringung des Gastwirtes Radominski, in dessen Lokal die dortigen Parteigenossen verkehrten, wurde aus Sorge vor etwaigen socialdemokratischen Kundgebungen eine große Polizeimacht aufgebötet. Die meist harmlosen Teilnehmer an der Verdringung waren nicht wenig erstaunt über die Beachtung, deren sich die socialdemokratische Bewegung am Orte seitens der Polizei erfreut und kamen zu dem Schluß, daß die Partei dort bereits eine große Bedeutung erlangt hat. Arbeit bekam die Polizei natürlich nicht und die Einwohner fanden, daß die Angehörigen der Socialdemokratie durchaus keine Räuber und Vögel sind.

Interessant ist, daß bei den mehrfachen Einquartierungen, die der Ort jetzt hatte, den Soldaten zwar dienstlich verboten wurde, in dem Radominski'schen Lokal zu verkehren, daß sie aber trotzdem dort einquartiert wurden. Praktisch ließ das darauf hinaus, daß das Grundstück zwar mit Einquartierung belastet wurde, daß aber die Soldaten in der dazu gehörigen Gastwirtschaft ihr Geld nicht verzehren durften.

Aus Industrie und Handel.

Trusts und Streits. In den Verhandlungen des jüngst hier tagenden Deutschen Juristentages über die „Kartellfrage“ wurde nach alter Weise auch wieder die Behauptung aufgestellt, die Erhöhung der Preise für Kartellprodukte käme insofern auch den Arbeitern zu gute, als die Unternehmer, wenn sie höhere Gewinne einstrichen, auch gern höhere Löhne zahlten. Wie es um diese angebliche Bereitwilligkeit der Unternehmer bestellt ist, leuchtet treffend ein soeben vom amerikanischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten veröffentlichter Bericht über die während der letzten beiden Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten vorgekommenen Arbeiter-Ausstände und -Ansprüngen. Danach betrug im letzten Jahrzehnt 1891—1900 (für 1901 fehlen noch die Angaben) die Zahl

Jahr	der Ausstände	der betroffenen Betriebe	der beschäftigten Arbeiter
1891	1717	8 116	298 939
1892	1298	5 540	206 671
1893	1305	4 555	295 914
1894	1349	8 196	390 425
1895	1215	6 973	392 408
1896	1026	5 462	241 170
1897	1078	8 492	408 391
1898	1056	3 800	249 002
1899	1797	11 317	417 072
1900	1779	9 248	505 066

Seit 1897, dem Beginn des Trustgründungsfiebers, haben demnach die Streits und ihre Ausdehnung rasch zugenommen, und zwar sind es, wie der Bericht zeigt, speziell die großen Industrien des Nordens, welche die größte Zunahme aufweisen. Obgleich die Trusts größtenteils riesige Gewinne erzielen, sind es ihnen durchaus nicht ein, die Löhne zu erhöhen. Fast jede kleine Lohnaufbesserung mußte durch einen Ausstand erkämpft werden, und nur zu oft scheiterte der Versuch an dem Widerstand der koalitierten Trustsmagnaten.

Gaspar Eisen- und Stahlwerk. Nach Mitteilungen der Verwaltung ergibt der vom Aufsichtsrat festgestellte Abschluß für das am 30. Juni abgelauene Geschäftsjahr nach vorläufiger Verwertung der Vorräte einen Betriebsüberschuß von 755 342 M., welcher sich nach Hinzutritt des Gewinnvortrages aus 1900/1901 auf 759 485 M. erhöht. Hiervon sind zu kürzen 358 612 M. für Zinsen, Steuern, Handlungsunkosten zc. 304 321 M. reichlich bemessene Aufbesserungen, gleich ca. 1/2 Proz. von den gesamten Anlagevermögen. Es verbleibt dann ein Reingewinn von 96 552 M., dessen Verwertung der Generalversammlung wie folgt vorgeschlagen werden soll: 10 000 M. zur Dotierung eines neu zu errichtenden Referendats, 9153 M. für den Vorstand und die Beamten, 60 000 M. als 2 Proz. Dividende, 17 378 M. Vortrag auf neue Rechnung.

Englische Besteuerung der südafrikanischen Mineralgesellschaften. Bekannt ist, daß die Arbeiter der Debeers-Gesellschaft nicht wenig dazu beigetragen haben, den Krieg Englands gegen die südafrikanischen Republiken zu entfachen, da ihnen die von der Transvaalregierung den Mineralgesellschaften auferlegte Steuer von 5 Proz. der Goldausbeute als zu hoch erschien. Unter der englischen Herrschaft geht es aber vor-

läufig den Herren durchaus nicht besser, vielmehr fäht die englische Regierung gerade sie recht derbe an. Wie die Londoner „Financial News“ mitteilen, verurteilt nämlich die Verwaltung der „Debeers Consolidated Mines Company“ ein Mandat, in welchem gelagt wird, die Steuerbehörden verlangten Entschädigung der Einkommensteuer in England von 15 Pence auf 1 Pf. Sterl. von dem gesamten Gewinn der Gesellschaft, obgleich diese doch in der Kapkolonie domiziliert sei. Man werde gegen diese Forderung Einspruch erheben; inzwischen sei die Gesellschaft jedoch gezwungen, die Abgabe von 15 Pence von allen Dividenden und Zinszahlungen in Abzug zu bringen. Diese würden nachgezahlt, wenn die Gesellschaft mit ihrer Weigerung zu zahlen Erfolg hätte.

Die Gesellschaft teilt dem „Daily Chronicle“ mit, daß die Streitfrage sich nur auf die Einkommensabgabe von Dividenden beziehe, die an Aktionäre im Ausland und in den Kolonien in den Jahren 1900 und 1901 gezahlt seien.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend. Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik in der **Garwin-Maschinenfabrik** dauert unverändert fort. Jüngst ist streng ferngehalten.

Auch der Streik bei **Vorsig** dauert fort. Wohl versucht Herr Vorsig mit allen nur möglichen Mitteln Streikbrecher heranzubolen, doch ist dies bis jetzt in nur geringem Maße möglich gewesen. Wenn Vorsig seinen im Streik befindlichen Dreher nur einen Teil dessen zugestehen würde, was den Streikbrechern, ohne deren Leistungen zu kennen, ohne weiteres versprochen wird, dann wäre der Streik längst erledigt. Daß die Streikenden nichts Unmögliches fordern, beweist Vorsig selbst durch seine Versprechungen den Arbeitswilligen gegenüber, und wenn trotzdem dem Streikenden nichts zugestanden wird, so ist damit der Beweis erbracht, daß die Streikenden bestraft werden sollen dafür, daß sie überhaupt gewagt haben, etwas zu fordern. Hier kommt der Herrenstandpunkt des Herrn Vorsig zum Ausdruck, wonach die Arbeiter überhaupt nichts zu fordern haben, sondern unterthänigst mit dem zufrieden sein sollen, was der Arbeitgeber bestimmt.

Nun, und kann es recht sein, denn wenn die Erkenntnis dieser Thatsache Gemeingut der vorliegenden Arbeiter wird, dann hat Herr Vorsig der Arbeiterbewegung einen größeren Dienst geleistet, als wenn ein halbes Duzend öffentliche Versammlungen stattgefunden hätten.

Sobald ich aus von unbekannter Seite ein Schriftstück zugestellt, wonach in der Eisenbahn-Brigade allgemein besungen gemacht ist, daß bei Vorsig Drescher gesucht werden (Spekulation auf Meierwisten? Red. d. V.). Die Arbeitswilligen, die Vorsig von außerhalb kommen läßt, werden zunächst von uns wieder nach ihrer Heimat zurückgeschickt. Vor einigen Tagen waren darunter einige, die eine Nacht in der Herberge des Verkehrsvereins schlafen sollten. Da nun hier eine genaue Untersuchung stattfindet, stellte sich heraus, daß mehrere Ungeziefer hatten. Wir möchten nun auf Grund dieser Thatsache dem Berliner Publikum den Rat geben, bei Benutzung von Wägen der Großen Berliner, die nach Regel fahren, die Tische einer Prüfung zu unterziehen, ob nicht von den vorliegenden Arbeitswilligen, die ja mit diesen Wägen zur Arbeitsstätte befördert werden, unangenehme kleine Tierchen zurückgelassen sind.

Die Arbeiter ermahnen wie dringend, den Jargon von Streikbrechern fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

**Asphaltierer, Pappdachdecker** etc. Im vielfachen Anfragen unserer Mitglieder bereit zu werden, teilen wir mit, daß der **Untersuchungsverein der Asphaltierer und Berufsgenossen**, welcher unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen unseres Berufs Eintritätskarten für sein am Sonnabend, den 27. d. Mts., bei 11 Uhr in der Bismarckstraße stattfindendes Stiftungsfest zu vertreiben sucht, mit unserer gewerkschaftlichen Organisation, der **Freien Vereinigung der Asphaltierer, Pappdachdecker und verwandter Berufsgenossen** nicht zu thun hat und mit ihr nicht zu verwechseln ist.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Asphaltierer und verwandter Berufsgenossen.

Der **Streik der Rathenower Brillenarbeiter** hat jetzt auch Differenzen in der dortigen optischen Goldwerkstatt von O. Quandt nach sich gezogen. Es sind dablei fünf Gehilfen gekündigt worden, weil sie dem Metallarbeiter-Verbande mitgeteilt haben sollten, daß in der genannter Werkstatt Streikarbeiten für Rißke n. Söhne angefertigt werden. An zwei andere bei Quandt nach. beschäftigte Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes stellte der Chef das Ansuchen, sie sollten aus dem Verbande austreten, er würde ihnen die bisher bezahlten Beiträge in Höhe von 50 M. zurückzahlen. Natürlich wurde das schimpfliche Ansuchen rundweg abgelehnt.

### Deutsches Reich.

Die **Textilindustriellen des Vogtlandes und des Erzgebirges** haben sich — wie uns ein Privat-Telegramm aus Chemnitz meldet — geeinigt, bei Aufnahme der für Oktober angekündigten Lohn- bzw. Streikbewegung der Hände und Schiffschlichter die gemeinsame Ablehnung der Forderungen und eine eventuelle Massenansperrung der Arbeiterschaft des Vogtlandes und des Erzgebirges vorzunehmen.

Der **Streik der Cigarrenarbeiterinnen in Cuxen** (Rheinland) ist jetzt, nachdem er länger als zehn Wochen gedauert hat, beendet. Einen Vermittlungsversuch des Hg. Dasbach hatte die Firma abgelehnt, da sie mit Dasbach nichts zu thun haben wollte, dagegen nahm sie die Dienste des Ehrenrats der Ortsgruppe der Gewerkschaft der Cigarrenarbeiterinnen sowie eines Mitgliedes des Vorstandes des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes an, und die mit diesen Herren geführten Verhandlungen führten zum Ziel. Da die Forderungen der Ausständigen im Prinzip anerkannt worden sind, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

### Eine „gemütliche“ Gesellen-Schlafstube.

Im ehrlichen Schmiedehandwerk findet sich bekanntlich noch ein beträchtlicher Rest jener sogenannten patriarchalischen Verhältnisse, nach denen die Häupter sich inbäuslich zurückziehen. Ein großer Teil der Schmiedegerellen arbeitet noch unter jenen Verhältnissen, wo der Geselle im Hause des Meisters Kost und Logis bekommt, also, wie der häusliche Ausdruck lautet, „zur Familie des Meisters gehört“. Wie so ein ehrlicher Schmiedemeister seinen patriarchalischen Pflichten den Gesellen gegenüber nachkommt, davon legt ein im Fachorgan der Schmiede-Organisation abgedruckter Brief Zeugnis ab, der an einen Gesellen geschrieben ist, welcher in einem großen westfälischen Dorfe arbeitet.

Das Schreiben lautet:

Mettingen, den 14. September 1902.

Mein Kollege!

Seit ich von Hamburg abgereist bin, ging es mir immer schlecht, da keine Arbeit zu kriegen war. Jetzt habe ich Arbeit gekriegt, aber lieber Himmel, es ist eine unartige Stelle. Die Schlafstube ist tabellos. Schweinefäkalien, Kuhflaß und Abort liegt alles zusammen. Wie mich der Meister in das Schlafgemach brachte, da gingen wir durch alle Ställe, dann kam eine Leiter, welche 2 Meter hoch und mit 4 Sprossen versehen war, da oben war die „Stube“ und unten der Abort. Oben ist es dunkel, der Meister geht herunter, ich will mich ausziehen, gebe einen Schritt weiter und falle hinab, direkt in den Abort hinein. Ich gebe wieder rauf und frage den andern Kollegen, was das für ein Zimmer sei, der sagte mir, das sei ein Hänerstall, ich solle mal Licht machen und mich mal ansehen. Als ich ein Streichholz anzündete, sehe ich auf der „Stube“ Hühner und Tauben, die Betten waren voller Hänerdung. Mit den andern Kollegen,

welche auch zugereist waren, ging's sofort zum Meister, denn wir wollten aufhören. Dessen Antwort war, dort haben schon so viele geschlafen und haben nichts gesagt. Da wir müde waren, gingen wir wieder rauf und legten uns hin. Den andern Morgen ruft uns der Meister zur Arbeit. Er dachte, jetzt habe ich drei frische Gesellen, mit denen kann ich machen, was ich will. Eine Stunde später standen wir auf und gingen in die Stube. Das war eine erbärmliche Stube, wo ein Mann kaum Platz hatte, sollten wir drei arbeiten. Einen Augenblick muß es wohl gehen, bis ich wieder ein paar Mark Geld habe, dann lehre ich wieder in meine Heimat zurück.

Mit freundlichem Gruß

E. B.

bei Schmiedemeister Kesselmeier.

Das sind ja recht „idyllische“ Zustände, die allerdings nicht ver einzelt dastehen und in ähnlicher Weise öfter zu finden sind, wo die Gesellen „zur Familie des Meisters“ gehören. Besonders sind es die Bäckerei-Arbeiter, die nicht nur auf dem Lande, sondern auch in größeren Städten nicht selten unter ähnlichen Verhältnissen zu leiden haben, wenn sie auch nicht gerade im Hänerstall schlafen müssen.

### Ausland.

In **Monza** (Italien) stehen seit einigen Tagen gegen 5000 Weber im Streik; 18 Fabriken sind geschlossen. Die Fabriken lehnen jedes Entgegenkommen ab.

**Andersperret** sind 207 Arbeiter der Zunderfabrik in Landskrona in Schweden, weil sie eine kleine Lohnhöhung verlangten.

## Sociales.

### Verleisch und Genossen.

Die Generalversammlung des Vereins für soziale Reform, die am Montag in Köln abgehalten wurde, unterschied sich von den früheren Kongressen der bürgerlichen Sozialreformer äußerlich durch die ziemlich zahlreiche Beteiligung christlicher Gewerkschaftsführer, die neben einigen Christ-Dunkelrücken auch ausgiebig an der Diskussion über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schulpalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken“ sich beteiligten. Sonst war es die nämliche bunt zusammengewürfelte Gesellschaft derer um Verleisch wie sonst: Unternehmer und Fabrikanten, Staatsbeamte, Gelehrte, Advokaten, Richter, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Parlamentarier usw. Mit Ausnahme der äußersten Linken und der äußersten Rechten sind in der Gesellschaft für soziale Reform ziemlich alle politischen Richtungen vertreten, vom Demokraten Sonnenmann bis zum national-liberalen Judenprofessor Poalcke; man sieht da Mittelstands-Reiter wie Hgje und Trimbom, Flottenchwärmer wie Raumann und Ober-Landesgerichtspräsident Hatten, und man sieht verschiedene Feindhändler wie Richard Köhler und Brentano neben ultramontanen Vorkämpfern für den Brotwucher. Was alle diese sonst so auseinanderstrebenden Elemente ein, ist der Wunsch, die Arbeiter an der Erkenntnis ihres Masseninteresses zu hindern und sie nach Möglichkeit vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie zu bewahren. Wiederholt erwähnte man im Tone des Vorwurfs, daß die „socialdemokratischen“ Gewerkschaften im Gegensatz zu den christlichen und den Gewerksvereinen des Herrn Dr. Nag Hirsch nichts mit der Verleisch-Gruppe zu thun haben wollen.

Der von Herrn v. Verleisch vorgelegte Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft war recht kleinlaut; äußerlich betrachtet, sei der Erfolg „nicht übermäßig groß“. Die Mittel, die dem Verein zur Verfügung stehen, seien im Hinblick auf die großen Ziele und die Gegner unzulänglich. In der Diskussion über den Geschäftsbericht tadelten Brentano, Kommerzienrat Köhler und Lithograph Tischendelefer den Ausschluß der socialdemokratischen Konsumvereine aus dem christlichen Genossenschaftsverband. Die Herren erklärten: durch die Kreuznacher Vorgänge sei die verführende Tätigkeit der Gesellschaft für soziale Reform bedeutend erschwert. Herr Brentano regte an, schon vor Ablauf der satzungsgemäßen zwei Jahre wieder eine Generalversammlung der Gesellschaft zu veranstalten, um sich mit der wichtigen Frage der Arbeiter-Konsumvereine zu befassen, und dadurch die Sympathie der Arbeiter zu erhalten. Dr. Nag Hirsch bekämpfte diese Anregung; die Behandlung könne nur den „schönen Entlang“ führen, der in der Gesellschaft trotz der verschiedenen Richtungen herrsche. Die Gesellschaft nimmt gemäß ihren Satzungen keine Abstimmungen vor, sonst würden wohl manchmal die Gegenfälle aufeinander schlagen. So aber bleibt es bei dem schönen Entlang.

Wie wir schon telegraphisch gemeldet haben, unterlagte der Kölner Polizeipräsident das Auftreten des Fräulein Helene Simon als Korrespondentin zu der Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen. Die erschienenen Damen konnten nur als Segmentschiffe auf der Generalversammlung bleiben. Sie mußten sich auf Anweisung der Polizeibehörde, wie es in der Verfügung heißt, jeder Verfalls- und Mißfallsankündigung enthalten. So blieb denn auch die Gesellschaft für soziale Reform, an deren Spitze ein ehemaliger preussischer Minister steht und dem eine Reihe von hohen Staatsbeamten, Parlamentariern und Gelehrten angehört, vor den Tüden des Vereinsgesetzes nicht bewahrt. Vielleicht hat der Kölner Polizeipräsident gar Anweisung von Berlin erhalten, wo man wunderlicherweise der staatsbehaltenden Tätigkeit des Exministers nicht gewogen ist.

Nach einer Rede des Kaplans Dr. Pieper wurde das Simonische Referat nach dem Manuskript in gekürzter Form vorgelesen. An der Diskussion beteiligten sich überwiegend Angehörige der christlichen und der Hirsch-Dunkelrücken Organisation. Der ultramontane Textilfabrikant Brandts aus M. Gladbach stellte mit, daß er noch und nach von der 10-stündigen auf die 9-stündige Arbeitszeit hinuntergegangen sei, ohne daß das seinen Unternehmern merklich beeinträchtigt. Verheiratete Arbeiterinnen beschäftigte er überhaupt nicht mehr. Das letztere brachte ihm ein lebhaftes Bravo der Versammlung ein. Der christlichorganisierte Textilarbeiter Kampf aus Bommum war entzückt von dem Verlauf der Tagung. Er erklärte: Wir Arbeiter verlassen besiedigt die Generalversammlung; besonders die Worte des Herrn Brandts haben uns wohlgethan. Was wir hier gebört haben, werden wir in die Öffentlichkeit tragen. Mögen die übrigen Herren das nämliche in ihren Kreisen thun, wohin wir nicht kommen; dann wird eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt.

Die ganze socialreformerische Ausbeute der Generalversammlung bestand darin, daß die Gesellschaft sich für die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen von 11 auf 10 Stunden, und der Herabsetzung des Schulpalters der Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre aussprach. — Am Dienstag begann im Anschluß an diese Generalversammlung die Delegiertenkonferenz der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschaft.

### Kahlschändungsrecht der Handagrarien.

Durch das bürgerliche Gesetzbuch sind die nicht pflanzbaren Sachen auch dem Rückbehaltungsrecht des Vermieters entzogen. Ein Reichsgerichts-Urteil aus jüngster Zeit ist geeignet, diesen geringfügigen Schutz des Armen gerade für die ärmsten Mieter wieder zu beseitigen und ein Kahlschändungsrecht des Vermieters allgemein zuzulassen. In der hamburgischen Grundbesitzerzeitung“ war, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, ein Reichsgerichts-Urteil behandelt worden, wonach ein Mieter wegen Verschleppung von Möbeln (das sind die in die Wohnung eingebrachten Sachen) für strafällig erklärt worden sei, trotzdem die Sachen an sich pfandfrei waren. Der Antrag war folgender: Ein Mieter hatte dem Vermieter kontraktlich die Verweisung gegeben, seine sämtlichen Möbeln, also auch diejenigen, die sonst dem Pfandrechte nicht unterliegen, im Falle der Nichtzahlung der Miete zurückzubehalten. Als der Vermieter von diesem seinem Rechte Gebrauch machen wollte, zeigte es sich, daß der Mieter die betreffenden Sachen verschleppt hatte. Das Reichsgericht entschied, daß sich der Mieter einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe, trotzdem die Sachen zu den sonst pfandfreien gerechnet werden müßten.

Der Verein der hamburgischen Grundbesitzer hat sich bereits mit der Sache beschäftigt und es besteht die Aussicht, die Mietsverträge derart abzuändern, daß die Mieter eine entsprechende Verpflichtung eingehen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich gerade die Kernstädte dort, wo Wohnungsnot herrscht — und das ist in den meisten größeren Städten so — einer solchen Verpflichtung ohne Widerstand unterwerfen müssen, weil sie froh sein müssen, überhaupt eine Wohnung zu bekommen.

So wäre auf dem Wege der Rechtsauslegung wieder ein „socialer Gedanke“ aus dem bürgerlichen Gesetzbuch hinausgedeutelt.

## Versammlungen.

Die **Maler und Anstreicher** besaßen sich am Montag in einer vom Gehilfenauschuß einberufenen öffentlichen Versammlung mit der Einführung ihres neuen Lohnstarifs. Putschold führte in seinem Referat aus, daß nun mit aller Kraft dahin gestrebt werden müsse, daß der neue Lohnstarif auch wirklich vom 1. Oktober ab in allen Werkstätten durchgeführt werde. Durchbrechungen des Tarifs sollen sofort der Verwaltung gemeldet werden, die dann mittels des Gehilfenauschusses die Jünng zum Einschreiten veranlassen wird. — An das Referat schloß sich eine sehr lebhaft Debatte, die durch Wiener, einen Vertreter der Lokalorganisation, hervorgerufen wurde, der sich sehr abfällig über den neuen Lohnstarif äußerte und eine Lohnbewegung der Lokalorganisierten für das nächste Frühjahr in Aussicht stellte. Die nachfolgenden Diskussionsredner wandten sich sämtlich gegen die Ausführungen und gegen die Person Wiensers. Schließlich wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung drückt durch die heute vollzogene Wahl der Kontrollkommission zur Ueberwachung des vom Gehilfenauschuß und den beteiligten Malerinnungen Berlin, Mixdorf, Charlottenburgs und Groß-Lichterfeldes vereinbarten Lohnstarifs, der mit dem 1. Oktober in Kraft tritt, ihre volle Zufriedenheit aus und erwartet nunmehr, daß alle Verweigerungen erkennen, daß es nur im Interesse der Allgemeinheit und einer alle Kollegen umfassenden Organisation liegen darf, daß die Tarifvereinbarungen von allen Beteiligten und in sämtlichen Werkstätten zur Durchführung gelangen. Die Versammlung drückt der Centralisation der Maler, Anstreicher und verwandten Berufsgruppen ihre volle Sympathie aus und spricht ihr tiefstes Bedauern über das Verhalten einiger Sonderbündler, insbesondere über die Haltung der lokalistischen Führer aus.“

Gleichzeitig lehnt die Versammlung es ab, die von einem Unbekannten zum Donnerstag, den 25. September, einberufene Versammlung zu besuchen.

Als Mitglieder der Ueberwachungs-Kommission, die für die Durchführung des Tarifs sorgen soll, wurden gewählt: Jakobkeit, Kroy, Pann, Bartel, Wendel und Ungler.

**Protest gegen Fleischwucher und Hungerperre** haben am Freitag auch die Spandauer Arbeiter eingeleitet. Zwei stark besuchte Volksversammlungen, welche die zusammen circa 1000 Personen fassenden Säle von Lehnow und von Runkle bis auf den allerletzten Platz füllten, nahmen mit großem Beifall die Referate der Genossen Dr. A. Liebkecht bzw. Davidsohn-Berlin entgegen. In der Versammlung im Lehnowischen Lokal wurde die Berliner Resolution ohne jede Diskussion einstimmig angenommen. In der zweiten Versammlung knüpfte sich an das Referat des Genossen Davidsohn noch eine lebhaft Diskussions, in welcher die Ausführungen des Referenten noch bekräftigt wurden! Die Berliner Resolution fand auch hier einstimmige Annahme zugleich mit dem folgenden Inhalt:

„Die Versammlung richtet an den Spandauer Magistrat das dringende Ersuchen, den in der Stadtverordneten-Sitzung am 18. September gefaßten Beschluß betr. Wohnnahmen zur Verhinderung der Fleischnot mit aller Energie und Beschleunigung zur Durchführung zu bringen!“

**Charlottenburg.** Am 17. d. M. hielten die Maler und Anstreicher eine vom Gehilfenauschuß einberufene öffentliche Versammlung ab. Es handelte sich um die Verichterstattung über die am 1. Oktober d. J. einzuertenden, mit der Jünng vereinbarten neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Vereinbarungen sind in der Hauptsache die, daß vom 1. Oktober ein Minimalstundentohn von 53 Pf. gezahlt wird, welcher vom 1. April 1903 die Höhe von 55 Pf. annimmt und eine dreijährige Dauer hat. Ueber- und Sonntagsstunden werden mit 80 resp. 60 Proz. Zuschlag bezahlt; ebenso wird bei Hausanrufarbeiten ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Eine große Errungenschaft sei, so führte der Abgeordnete Flemming aus, die Einsetzung einer 18gliederigen Ueberwachungskommission, die auf die Innehaltung des Tarifs zu achten habe. Der Redner kam nun auf die Kampfweise der lokalorganisierten Maler zu sprechen, die eine Bewegung inszenieren, um den Tarif wieder zu Fall zu bringen. Er wie auch die nachfolgenden Diskussionsredner verurteilten das Vorgehen derselben in mißbilligender Weise. Jetzt müsse die Parole „Einigkeit auf der ganzen Linie“ mehr als wie bisher maßgebend sein und dürste nicht Zweispalt unter den Berufsgruppen hervorgerufen werden. Eine Resolution, in welcher der Lohnkommission resp. den Gehilfen-Auschüssen Berlin und der Vororte das größte Vertrauen ausgesprochen und das Vorgehen der Lokalorganisierten in scharfer Weise verworfen wird, wurde einstimmig angenommen. Die Frage über die Benutzung des hiesigen städtischen Arbeitsnachweises von Seiten der Meister und Gehilfen wurde, da im Ratatorium desselben Differenzen wegen Einführung der Streiklausel bestehen, bis auf weiteres vertagt.

**Verein der Lithographen, Steindrucker** etc. K. K. Berlin I. Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr, Grenadierstr. 33: Mitgliederversammlung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Rückzug des französischen Marineministers.

**Paris**, 23. September. (W. Z. V.) Der **Marineminister Pelletan** wohnte heute vormittag einem Bankett bei, an dem 1200 Personen teilnahmen. In Beantwortung mehrerer hierbei an ihn gerichteten Anfragen protestierte Pelletan von neuem lebhaft gegen die Worte, die man ihm gegenüber einer benachbarten Macht zugeschrieben habe. Er bezeichnete das Telegramm, das ihn als einen Mann darstellte, der die benachbarten Nationen anzugreifen beabsichtige, als lächerliche Lüge. Er erinnerte daran, daß er von jeher mit Wort und Schrift gegen das Verlangen nach Eroberungen gekämpft habe. Er erkenne in der gegen ihn verbreiteten Lüge die verächtliche Dummheit: Streut nur immer Verleumdungen aus, etwas wird stets hängen bleiben.

**Magdeburg**, 23. September. (W. Z. V.) Der **Metallarbeiter** 5. Etage wurde wegen Münzbergens — er hatte falsche Pfundmünzen hergestellt — vom hiesigen Schwurgericht zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

**Wien**, 23. September. (W. Z. V.) Die „**Neue Freie Presse**“ meldet: Die Ministerkonferenzen über den **Ausgleich** werden drei bis vier Tage dauern, da beiderseits die erste Wichtigkeit besteht, die Verhandlungen zu Ende zu bringen. Heute wurde eine Annäherung bezüglich der Chemikalien erzielt. Differenzen bestehen noch bezüglich der Zölle auf Maschinen, kleine Eisenwaren, Hanf, Hute, Baumwolle und Glas.

**Belgrad**, 23. September. (W. Z. V.) Aus dem Sandhölz Kobibazar drängen Albanesen in das Kapoanitzgebirge in Serbien und greifen drei Stunden von der türkischen Grenze serbische Grenzleute an, deren Ochsen und Wagen sie raubten. Zwei der Grenzleute wurden getötet, drei als Gefangene fortgeführt. Als die Grenzschützer erschienen, erschloßen die Räuber.



10. September abgehoben. Dies stellte sich erst heraus, als der Regierungsdirektor Henke, welcher dem Bezirksamt zugewiesen ist, das Geld ordnungsmäßig abheben wollte. Bei seiner Verhaftung wurde bei Seeger von dem unterschlagenen Geld nichts mehr vorgefunden.

### Gerichts-Beifung.

**Antisemitische Feloien** bestellte sich ein Artikel in Nr. 18 der „Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“, der Anlaß zu einer Privatklage des Verlegers der „Staatsbürger-Zeitung“ W. Bruhn gegen den Redacteur der „Mitteilungen“ Kurt V. Argner gegeben hat. Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt U. K. I., dem Angeklagten die Rechtsanwältin S. O. N. u. F. L. und D. C. O. H. zur Seite. Der Artikel befaßte sich mit den Redactoren und dem Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ und verfolgte den Zweck, auf diese Herren ein böses Licht zu werfen, um davon die Folgerung zu knüpfen, daß sie nicht geeignet seien, sich als Wähler deutschen Rechts und deutscher Treue hinzustellen. In dem Artikel hieß es: Die „Staatsbürger-Zeitung“ marschirt an der Spitze der antisemitischen Heuschrecke und Vagabunden; dem Chefredacteur Dr. Wächler wurde vorgeworfen, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ auf den ersten Seiten ihrer Nummern gegen die Juden eifre und ihnen alle Schledhtigkeiten nachsage, im Annoncen-Teil aber die Inserate jüdischer Geschäftsleute aufnehme; es wurde hervorgehoben, daß der antisemitische Abgeordnete Ludwig Werner bei der „Staatsbürger-Zg.“ angestellt worden sei, obwohl ihm trotz seines Bestreitens nachgewiesen worden, daß er mit dem jüdischen ehemaligen Parlaments-Journalisten Hamburger einen umfangreichen literarischen Handel betrieben habe, auch wurde darauf hingewiesen, daß der Redacteur Wächler das Hasenpanier ergriffen habe. Es wurde von einer „Mißergeriffenschaft Kaffastaffischer Ehrenmänner“ gesprochen und schließlich dem Privatkläger Bruhn selbst vorgeworfen, daß er zu Gunsten eines seiner Redactoren, um diesen gegen Forderungen zu schützen, eine „Schlebung“ inszeniert habe, die eigentlich unter § 362 St.-G.-B. falle. Es wurde behauptet, daß die thatsächlich vorgenommene Herabsetzung des Gehalts des betreffenden Redacteurs von 2400 M. auf 1500 M. unter gleichzeitiger Verabredung eines Festhonorars für gewisse Arbeiten nur zum Schein und in der Absicht geschah, den 1500 M. übersteigenden Betrag des Gehalts dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Insbesondere wegen des letzteren Angriffes hatte Herr Bruhn die Klage angehängt. Er verlangte gestern vom Gericht die nachdrückliche Verurteilung des Angeklagten, der kein Recht habe, im politischen Kampfe ihn persönlich zu verunglimpfen. Der letzte Angriff gegen seine Person sei ein besonders schwerer; thatsächlich habe er die Neueregung des Gehalts mit seinem Redacteur keineswegs in der Absicht vorgenommen, die Gläubiger desselben um ihr Geld zu bringen. Der Angeklagte stellte dagegen durch den Mund seiner Verteidiger den Antrag auf Freisprechung, indem er nachzuweisen suchte, daß seine Behauptungen erwiesen seien; bezüglich des letzten Punktes siehe fest, daß dem Privatkläger von einem Gläubiger des betreffenden Redacteurs in einem Civilprozeß der Eid darüber zugesprochen worden sei, daß er die fragliche Gehaltsregelung nicht bloß zum Schein vorgenommen, daß Herr Bruhn aber diesen Eid nicht geleistet habe. Der Angeklagte erhob außerdem wegen zweier in einem Schriftsatz des Privatklägers enthaltenen Behauptungen die Wiederklage. — Nach langen Auseinandersetzungen von beiden Seiten verurteilte das Schöffengericht — Vorsitzender Amtsgerichtsrat Wagler — den Angeklagten wegen Verleumdung zu einem Monat Gefängnis. Der Gerichtshof hielt die Verleumdungen für sehr schwere. Die ganze Tendenz des Artikels gehe dahin, Herrn Bruhn gewissermaßen als einen Lump hinzustellen, die Beweisannahme habe aber nichts erbracht, was diese Schilderung rechtfertigen könnte. Deshalb habe der Gerichtshof von einer Geldstrafe Abstand genommen. Die Wiederklage sei nicht gerechtfertigt, der Wiederangeklagte sei freigesprochen und im übrigen ihm die Publikationsbefugnis zugesprochen worden.

**Das Treiben einer Hochstaplerin**, welche schon mehrfach die Gerichte beschäftigt hat, wurde gestern in längerer Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II beendigt. Aus der Untersuchungshaft wurde die geschiedene Kaufmannsrau Alma Dimpel geb. Eumrady und der aus Kristiania in Norwegen stammende Architekt Karl Möller vorgeführt. Der erstere wurde ein langes Register der verschiedensten Straftaten zur Last gelegt. Möller war der Mittäterinhaft zum Betrage in drei Fällen bezichtigt. Frau Dimpel blüht auf eine romantische und bewegte Vergangenheit zurück. Sie begann ihre Laufbahn als Konzertfängerin und soll damals als solche etwas geleistet haben. Ein reicher Kaufmann in Copenhagen ging mit ihr die Ehe ein. Das Zusammenleben gestaltete sich so unglücklich, daß Dimpel es schließlich vorzog, seine Ehefrau im Stich zu lassen und nach Amerika zu reisen, wo er sich befindet. Seine Ehefrau erhob nun Ansprüche gegen die Angehörigen Dimpels und erzwang so einen langwierigen Prozeß eine größere endgültige Abfindungsumme. Die Angeklagte hatte während dieser Zeit einen Herrn v. Wilow kennen gelernt, mit dem sie ein flottes Leben führte. Sie legte sich häufig den Namen einer Baronin v. Wilow bei, zumal wenn es darauf ankam, Kredit zu erlangen. Auch Herr v. Wilow zog es schließlich vor, sich heimlich von seiner Geliebten und seinen Gläubigern zu trennen; auch er ging nach Amerika und soll sich jetzt in San Francisco aufhalten. Aus diesem Zusammenleben mit Herrn v. Wilow stammte eine Anklage wegen Betruges, die vor etwa einem Jahre gegen Frau Dimpel verhandelt wurde, aber mit ihrer Freisprechung endete, weil ihre Behauptung, sie habe Herrn v. Wilow für einen sehr reichen Mann gehalten, der sie heiraten wolle, nicht zu widerlegen war. Der Nachfolger v. Wilows war der jetzt mitangeklagte, der norwegische Architekt Möller. Beide wurden gleich nach Neujahr in Haft genommen. Die Angeklagte Dimpel soll sich seit den letzten Jahren nur durch Hochstapeleien über Wasser gehalten haben. Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Unterschlagung wechseln in bunter Reihenfolge miteinander ab. Einen armen Bauwächter soll die Angeklagte durch ihr vornehmer Auftreten und ihre Prohlerien mit einem demnach zu erwartenden großen Vermögen um seine gesamten Ersparnisse gebracht haben. Dem Mitnehmer a. D. von R., der eine Wohnung neben der Dimpelschen inne hatte, soll die Angeklagte eine ganze Anzahl der verschiedensten Gegenstände entwendet haben, um dieselben zu verkaufen. Bei einer Schnittwarenhandlerin in Dresden setzte die Angeklagte einen Wechsel in Höhe von 1200 M. um, der sich später als gefälscht erwies. Auch in diesem Falle war sie als Frau Baronin v. Wilow aufgetreten. Bei einem Uhmacher entnahm die Angeklagte für 550 M. Ware auf Kredit und in ähnlicher Weise schädigte sie eine Menge anderer Geschäftsleute. Während die Angeklagte Dimpel im wesentlichen gefähig war und sich mit ihrer Kollage entschuldigte, bestritt der Angeklagte Möller, daß er an dem Treiben der Dimpel teil gehabt. Er befindet sich in guter Vermögenslage und verspricht sich außerdem gute Erfolge von einer wichtigen Erfindung, die er gemacht habe. Dem Verteidiger der Dimpel, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, gelang es, eine größere Anzahl der Betrugsfälle zum Ausschleiden zu bringen. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Dimpel 2 Jahre Zuchthaus, gegen Möller 1 Jahr Gefängnis. Der Verteidiger des letzteren, Rechtsanwalt Kroner, plaidierte für dessen Freisprechung. Der Gerichtshof verurteilte die Dimpel unter Publikation von milderen Umständen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, wovon 6 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden, der Angeklagte Möller wurde freigesprochen.

### Aus der Frauenbewegung.

**Frauen- und Kinderarbeit.** Die Kinderarbeit ist wohl das wehmüthigste Kapitel in der Geschichte der Industrie. Bei der Frauenarbeit liegt noch viel im Verborgenen, aber ab und zu weist doch hier ein etwas frischerer Wind; man fühlt an manchen Zeichen, daß auch die Arbeiterinnen

sich mehr und mehr auf ihre Rechte besinnen. Von einer Wollenweberin z. B. heißt es in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren, daß dort Weberinnen und gefählig erlaubte Sonntagsarbeit abgeschafft sei, weil die Arbeiterinnen beständig Widerstand entgegensetzten. Solche Fälle stehen freilich nur sehr vereinzelt da, sie zeigen, was sich bei Energie und gutem Willen erreichen ließe. Die meisten Gesetzesübertretungen zu Ungunsten der Frauen ereignen sich immer noch in die gleiche Richtung. Nach allen Richtungen wird dem Gesetz Abbruch gethan; weit größer als die Zahl der Ertrappen ist natürlich die der Glücklichen, welche der Zufall vor der Anzeige rettet. Immer noch giebt es die elenden Unterkunftsräume, die längst verschwunden sein müßten; schliefen doch in zwei Arbeitsstätten die Arbeiter beiderlei Geschlechts gemeinsam auf dem Fußboden, in drei andern in Bettgeräthen von zwei Stockwerken mit je vier ungetrennt nebeneinander befindlichen Lagerstätten. Auch in Judenfabriken trifft man noch ähnliche Mißstände. Wo einer dieser Betriebe, oder eine sonstige gewerbliche Anlage mit Landwirtschaft verbunden ist, da findet sich die beste Gelegenheit zur Umgehung des § 137 der Gewerbe-Ordnung, der die Arbeitszeit regelt. Die Arbeiterin schafft ihre 11 Stunden in der Fabrik und geht dann frisch und ausgeruht an die landwirtschaftliche Arbeit, die keiner Bestimmung wegen Dauer oder Tageszeit unterworfen ist; hier hat der Gewerbebeamte nichts dreinzureden. Hier darf die Glückliche noch stundenlang ihre Kräfte abmühen, wie groß der Verdienst bei der doppelten Arbeit ist, erfahren wir leider nicht.

Die schlechten Zeiten werfen ihre Schatten auch in die Klätter des Gerichts. An einem Ort hat die Frauenarbeit abgenommen, weil die sinkenden Löhne die Anstellung männlicher Arbeiter gestatten; an dem andern nimmt sie zu, weil die Fabrikannten bei der schlechten Geschäftslage lieber die billigere Arbeitskraft aufsuchen. Diese Anschauung ist offenbar die überwiegende, denn die Arbeiterinnen haben an Zahl zugenommen. Da noch verhältnismäßig sehr wenige Frauen die Vorteile der Organisation zu wahren wissen, bleiben sie meist auch ganz gleichgültig gegen die ihnen zustehenden Rechte und lassen sich deren Schmälerung unbedenklich gefallen. In einer großen chemischen Fabrik wurden sämtliche Arbeiterinnen am Sonnabend statt bis 5 1/2 bis 7 Uhr abends beschäftigt; der Besizer zahlte 15 M. Strafe.

In Fischkonservenfabriken war Nachtarbeit allgemein, bis auf eine Klage des Inspektors hin das Gericht feststellte, diese Betriebe seien als Fabriken zu betrachten und deshalb verpflichtet, die Arbeitsbestimmungen einzuhalten. Die Zustände in einer Porzellanfabrik verdienen besonderer Erwähnung. Bei 15stündiger Arbeitszeit werden zur Nachtzeit weibliche Arbeiter mit dem Einsetzen von verflüchtigtem Porzellan in die Kapseln und Eintragen derselben in den Brennraum beschäftigt. Bei dem Ausnehmen des fertigen Porzellans waren die Dofen noch so wenig abgekühlt, daß den Arbeiterinnen nach ihrer gerichtlichen Klage die Haare auf dem Kopfe verengt wurden. War schon die Art der Beschäftigung unpassend, so war die Ausdehnung bis zur späten Nachtzeit durchaus ungesund, da zudem bei der seit Monaten geübten Praxis nicht einmal die Sonntage arbeitsfrei blieben. Der Direktor und der Obermeister der Fabrik wurden denn auch bestraft; sie mußten, der eine 30, der andre 20 M. zahlen. Ob diese Strafen viel nützen werden?

Die bürgerlichen Herren, welche so gerne für Ordnung und Gleichgültigkeit schwärmen, denken dabei aber nur an solche Gesetze, deren Uebertretung ihnen keinen Nutzen bringt, sondern Schaden. Daß sie es andernfalls nicht so genau nehmen, beweisen die Tabellen, welche dem Revisionsbericht beigegeben sind, mit genügender Klarheit. Bei den 49 593 Fabriken, die besucht worden sind, fanden sich 8562, in denen Juwelierarbeiten gegen Schutzgesetze und Verordnungen ermittelt wurden — mehrmals jede sechste Fabrik von den revidierten — waren nicht tabelstrei. Ein Beweis vor allem, daß die Arbeitgeber kein Unrecht zu begehen glauben, wenn sie die Vorschriften unbeachtet lassen. Wie sehr auch nach anderer Richtung der Arbeiterinnenschutz des weiteren Ausbaues bedarf, zeigt ein Vorkommnis in einer Judenfabrik, in der eine Frau bis zum Tage der Einbindung arbeitete und nach 14 Tagen ihre Thätigkeit wieder aufnahm. Sie mag wohl nach Möglichkeit die Fabrikleistung geleistet haben, denn nach den Ermittlungen des aufsichtenden Beamten befand sich die arme Frau in einer Zwangslage, weil sie allein durch ihre Arbeit die ganze Familie erhalten mußte. Sie war schuld. Aber solche Schuld werden die Heldinnen und Opfer der Arbeit immer auf sich nehmen, bis ihnen durch ein genügendes Kronengeld vor und nach der Einbindung der schwere Konflikt der Pflichten eripart bleibt und sie sich und dem erwarteten Kinde die genügende Schonung angedeihen lassen können.

Neben ersten Dingen will auch der Scherz zu seinem Recht kommen. So sei des biederen Fabrikanten aus der schwarzen Gegend des westlichen Deutschlands gedacht, welcher, um das fittliche Empfinden seiner Arbeiterinnen (die alle über 21 Jahre alt sind) zu schonen, auf der aushängenden Tafel die Anordnungen wegen Wächnerrinnenschutz überlekt hatte. Trotz dieser fürsorglichen Aufmerksamkeit auf den Inhalt der Tafel mußte er erst darüber besetzt werden, daß dort auch die Arbeit der Frauen an Sonntagen von Sonn- und Festtagen nach 5 1/2 Uhr verboten sei. Ein Weiterarbeiten über die gesetzliche Zeit erschien ihm eben nicht als unfittlich.

Wie die Ansichten über Frauenarbeit noch verschieden sind, dafür liefern die Zinsküthen-Inhaber Beispiele, welche vom 1. Januar 1902 keine weiblichen Arbeiter mehr für bestimmte Arbeiten beschäftigen dürfen. Es heißt darüber: „Wie wenig lödend diese Beschäftigung ist, ergibt sich daraus, daß es bisher trotz des größeren Arbeiterangebots vielfach nicht gelungen ist, die Maschinenarbeiterinnen durch einheimische männliche Arbeiter zu ersetzen, daß vielmehr die Hüttenverwaltungen für die überaus schmutzigen und mit gesundheitsgefährlicher Staubentwicklung verbundenen Arbeiten Galtier heranzuziehen genötigt waren.“ Ehret die Frauen — aber erzieht sie so, daß sie auch die schmutzigsten Arbeiten verrichten, die den Männern zu schlecht sind. Den Frauen war sie noch gut genug; hier war das Zwangsgebot des Staates nötig, um eine Besserung herbeizuführen.

Auch bei freiwilligen Änderungen der Produktion giebt es jedoch manche Ueberraschungen. Bei der verminderten Arbeitszeit und daraus erwachsender Verhärtung des Arbeitstages ist wieder einmal der Wert der kurzen Arbeitszeit klargestellt. Eine Weberei sah sich genötigt, den Arbeitstag auf 7 1/2 Stunden herabzusetzen. Die Alfordarbeiterinnen verdienten nach kurzer Zeit nahezu so viel wie früher, weil sie nicht so oft fehlten und intensiver arbeiteten. Die Ausnutzung der Webstühle soll hierbei von 56 Proz. auf 66 Proz. gestiegen sein. Die Herabsetzung der Arbeitszeit dürfte bei den zahlreichen Erfabrungen, die damit gemacht werden, wohl in absehbarer Zeit erreicht werden können.

Drängender aber und schwerer lastet jetzt auf den Arbeitern die nur allzu häufige Herabsetzung des Lohnes, der, wie bedauernd hinzugefügt wird, keine Herabsetzung der Warenpreise entspricht. Nicht eine Herabsetzung der Preise steht bevor, sondern eine Erhöhung derselben, die zur Zeit der Abfassung der Berichte noch nicht vorhanden war. Schon sind die Fleischpreise gestiegen und drohend erhebt sich eine Zeit bitterer Not vor unrem geistigen Auge, in welcher das einzige Besitztum des Arbeiters, seine Arbeitskraft, durch ungenügende Nahrung entwertet wird. Machtlos und wehrlos steht der Einzelne unter dem Zwange der Ereignisse. Aber eine Warnung sollten sie sein, der Arbeiterin nicht minder als dem Arbeiter, ihr reelles Interesse ihren eigensten Angelegenheiten zuzuwenden, dem Ausbau ihrer Gewerkschaften, ihrer Vertretung in den gesetzgebenden Körpern. Eine starke Arbeiterpartei, wie sie im Reichstag bei jeder Wahl an Zahl und damit an Kraft zunimmt, starke Gewerkschaften, die mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Arbeitgeber die eignen Interessen wahrnehmen, für das Interesse der Arbeiter kämpfen — das muß das Ziel des arbeitenden Volkes sein.

### Demisches.

Von der Wiener Länderbank. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge sind vier Beamte der Länderbank suspendiert worden. Einer

von ihnen ist ein Kontrollbeamter der Buchhaltung, während die drei andern für Kassier an der Börse thätig waren.

**Brandunglück bei einer Hochzeit.** Ein fürchtbares Brandunglück ereignete sich der „Kattow. Ztg.“ zufolge in der russischen Ortschaft Berzke. Ein Haus, in dem Hochzeit gehalten wurde, stand plötzlich in Flammen und ehe die bestürzten Gäste sich zu retten vermochten, waren sechzig von ihnen den verheerenden Flammen zum Opfer gefallen, darunter auch die Braut und deren Mutter, außerdem noch viele Personen schwere Brandwunden erlitten.

**König Leopold von Belgien** hat, wie das offiziöse Telegraphenbureau Montag mitteilte, in Spa an der Bahre seiner Frau eine peinliche Scene herbeigeführt. Eine Tochter des Königs, Stephanie, war bekanntlich wieder ihren Willen mit dem Kronprinzen von Oesterreich verheiratet worden, der 1889 durch Selbstmord endete. Voriges Jahr gab die Prinzessin ihren Witwenstand auf und heiratete „unstandesgemäß“ einen ungarischen Grafen Jonyay. Das war dem König Leopold nicht recht. Wie nun den Brüsseler Blättern gemeldet wird, reiste die Gräfin Sonntagabend 6 1/2 Uhr plötzlich von Spa nach Brüssel ab, weil der König sich geweigert hatte, das Trauergemach, in dem die Gräfin an der Leiche ihrer Mutter betete, zu betreten, ehe sie das Gemach verlassen habe.

Ob dieser Hartherzigkeit des Königs Leopold erhebt sich auch in der deutschen Presse ein lebhaftes Geschelle. Das Benehmen des Königs wird unedel genannt. Vom monarchischen Standpunkt aus mit Unrecht, wie uns scheint, da nach den Glaubensartikeln des Gottesgnadentums ein König seiner Natur nach doch nichts Böses thun kann. Das hat vor einigen Jahren ein deutscher Staatsanwalt folgerichtig und mit aller Deutlichkeit begriffen. Dem König der Belgier war es 1897 eingefallen, unserm Parteigenossen Stengele von „Hamburger Echo“ einen Prozeß auf den Hals zu laden. Allgemein war damals die Behauptung aufgestellt worden, daß König Leopold seinen Einfluß zu Gunsten der belgischen Spielhöllen geltend gemacht habe. Im Vertrauen auf die in Majestätsbeleidigungsprozessen sehr bewährten deutschen Gerichte hoffte der darob gedregerte König, daß unsere Richter ihm das Reinlichtheitsattest ausstellen würden, das von der Justiz seines eignen Landes schwer zu erlangen gewesen wäre. Das Vertrauen des Königs wurde denn auch glänzend gerechtfertigt; Stengele erhielt von den Hamburger Richtern wegen angeblich verkehrter Mittelungen über den König die schwere Strafe von acht Monaten Gefängnis zugemessen. In der Anklageerhebung aber nannte der Staatsanwalt damals den König ausdrücklich den „edlen König Leopold“ und das Gericht schloß sich in jeder Hinsicht den Ausführungen des öffentlichen Anklägers an. Würde die monarchische Presse in Deutschland wirklich auf das Gottesgnadentum Stein und Bein schwören, so dürfte sie auch in diesem Falle an den seelensguten Qualitäten der belgischen Justiz nicht irre werden, wie auch die Vertreter der Hamburger Justiz von ihrem Vertrauen in den Edeleut des so energisch von ihnen geschäftigen Königs hoffentlich noch um keinen Finger breit abgewichen sind.

**Der Krönungsprinz unter Kuratel.** Trotz der in London erfolgten Freisprechung in dem belakimten Sittlichkeitsprozeß hat diese Affaire für den portugiesischen Königsproch doch noch Folgen gehabt — allerdings sehr milde. Aus Wien wird telegraphiert: Wie heute im Anstalt der „Wiener Zeitung“ verlautbart wird, wurde mit Genehmigung des Wiener Landesgerichts über den Prinzen Franz Josef Braganza, jüngeren Sohn des Herzogs Miguel Braganza, gerichtlich Kuratel verhängt und zwar mit Zustimmung des Prinzen. Zum Kurator ist Prinz Karl Ludwig von Thurn und Taxis bestellt worden. In der Verlautbarung ist nicht gesagt, ob das Kuratel wegen Verschwendung oder geminderter Zurechnungsfähigkeit verhängt wird. Der Prinz ist Lieutenant im ungarischen Husaren-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 7.

### Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dießl. Verlag) ist soeben das 61. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Der Trade Union-Kongress. Von H. Beer. — Die Lebenshaltung der unteren Schichten der bänischen Landbevölkerung. Von Gustav Bang. — Kunst und Oekonomie. Von G. G. v. K. v. K. — Frauenliteratur. Von David Bach. — Literarische Rundschau: Neue Beiträge zur Wohnungsfrage. Von Henriette Fritsch. — Notizen: Unfallverhütungsgesetze. — Heftchen: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann. (Schluß.) Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungsverkäufer der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestimmen stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dießl. Verlag) ist soeben die 12. Jahrgangszugabe erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Die Frauenkonferenz zu München. — Vom Bekanntheit. Von Marie Kunert. — Aus der Bewegung. — Resolutionen der Konferenz sozialistischer Frauen zu München. — Delegierte und Gäste der Konferenz sozialistischer Frauen und Sympathisanten. — Notizen: Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Genossenschaftsbewegung. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 20 seines 19. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt haben wir die beiden farbigen Bilder „Die Zinnschmelzerei des Volkswillens“ und „Mandovertrieb“ hervor. Ferner enthält die Nummer noch die Illustrationen „Unangenehme Situation“, „Der Friedensgott“, „Das lang's nimmer“, „Der Wirtshausschiff“, „Der Feldweibel-Rage“, „Der trierische Gendarm“ und „Das erste Ziel“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Fürsorge“ von Ludwig Frank, „An Ostlands Jugend“, „In Düsseldorf“, „Eid eines Oberbergemeisters“, „Krugmann“ von Ludwig Frank, „Der Konzler“, „Rathus redivivus“, sowie außer einer Anzahl kleinerer Prosaabträge die größeren Feuilletons „v. Beloso-Rittern an v. Armin-Sanabderheim“, „Karlspöckel“ (Illustriert), „Oberdopphuber“ und „Der kleine Tod in der Westentasche“.

Der Preis der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Witterungsübersicht vom 23. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwinnende	775	SSO	2wolkenf.	7	Saparanda	772	Stilf	—	bedekt	1	
Domburg	772	O	3wolkenf.	6	Petersburg	767	R	1	heiter	3	
Berlin	774	O	4wolkenf.	5	Gort	755	SSO	2	wolkig	16	
Frankf.	769	RO	1wolkenf.	7	Aberdeen	—	—	—	—	—	
München	768	O	5heiter	4	Paris	769	O	2	wolkig	11	
Wien	774	R	2wolkenf.	5							

**Weiter-Prognose für Mittwoch, den 24. September 1902.** Etwas wärmer, zunächst meist heiter und trocken bei lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung.

Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**B. 100.** Wenden Sie sich an die Igl. Klinik in der Fiegelstraße. **Hospital.** Ein Stiff, welches eine 68 Jahre alte Frau gegen einmalige Einzahlung von 300—400 M. aufnimmt, giebt es unfers Wissens nicht in Berlin. Sondern bekannteren Stiffungen sind z. B. im St. Gertraud-Hospital in der Barmerstraße 1500 M. zu zahlen, im St. Jakob-Hospital, Dammstr. 80, etwa 1200 M. Im Jerusalem-Stift, Zeughofstraße 12/15, Foch, Stadtrat Dr. Hülsemann, Andacherstr. 5, ist Eintrittsgeld nicht unbedingt erforderlich.

**C. 9. 703.** Wenden Sie sich an die Berliner Doppelkassen- oder die Lebensversicherung. Wenn Sie aber nicht mit der Sache vertraut sind, möchten wir Ihnen den Anlauf nicht empfehlen, besonders falls Sie nur geringe Mittel besitzen. Die Kassen richten sich nach dem Wert.

**Turner in Nbg.** Kgl. Turner-Vereins-Büro, Berlin, Friedrichstraße 229. Als Eichen werden anzuweisen: Lehrer einer öffentlichen Unter

richtigkeit, auch Schulfachlehrer sollen womöglich  
bereits die 2. Prüfung bestanden haben. Als Dozenten werden zu-  
gelassen: Personen mit ausreichender wissenschaftlicher Bildung und turner-  
ischer Fertigkeit; Sie müssen sich verpflichten, sich später der Turnlehrer-  
prüfung zu unterziehen. Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Altersgrenze  
ist nicht festgesetzt.

**R. S., Ernst I. Zieuer 1901/02, C. Bl. 100. Ja. —**  
W. N. 777. Verbindung tritt in Ihrem Fall erst mit Ablauf des  
Jahres 1905 ein. — **P. R. 41.** Der Sohn des von Ihnen genannten  
Abgeordneten ist nicht Wirt, sondern Angehöriger. — **H. Böring.**  
Wenden Sie sich an die Direktion. — **Altersrente.** Leider ist in der  
Sache nichts zu machen, weil zwar zu Unrecht nicht geleistet ist, jetzt aber

längst (seit 1887) die Möglichkeit, zum Nachleben zu zwingen, erfolgt ist.  
— **77. B. R. 1.** Wenn die Kenntnis seitens der Gläubiger nicht länger als  
sechs Monate zurückliegt, ja. 2. und 3. Ja. — **C. W.** Die von Ihnen  
bezeichnete Stellung ist die eines Dienstmädchens, Kündigungsschutz sechs  
Wochen zum Quartalsende. Die mitgeteilte Kündigung kann als Grund  
zur Kündigung gelten, Entlassung erachtet werden. Der rückständige Lohn ist  
bis zum Entlassungstage zu zahlen. Krankenversicherungspflicht liegt nicht  
vor. Für Klagen ist nicht das Gewerbeamt, sondern das Amtsgericht zu-  
ständig. — **S. E. 72.** Ein Anspruch auf Invalidentät ist nur dann  
gerichtlich, wenn entweder Invalidentät oder Dienstunfähigkeit ununterbrochen  
Krankheit vorliegt. Diese Voraussetzungen dürften bei Ihnen nicht vorliegen.  
— **Cefreiger in Gänge.** 1. War nicht Ausschluß der Kündigungsgreif-

barkeit, so steht Ihnen gegen die Erben ein Anspruch auf 14 tägigen  
Lohn zu. Die Entschädigung ist bei Accordarbeit nach dem Du schließt zu  
berechnen. 2. War der Meister zum selbständigen Abschluß des Arbeits-  
vertrages berechtigt und hat er einen solchen definitiv abgeschlossen, so steht  
Ihnen ein Entschädigungsanspruch gegen den Chef zu. — **Paul.** 1. Rein.  
2. Verjährung liegt vor. — **W. C. 4.** In dem Geringen kann der Takt-  
begabte staatsrechtlich erachtet werden. — **S. R. 50.** Ein eigen-  
händig ge- und unterschriebenes, gehörig beglaubigtes Testament ist ohne  
Uebereignung an einen Notar oder an das Gericht gültig. Beispiele für ein  
solches Testament finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führer  
S. 238 Nr. 55-59. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken  
aus. — **100. Volkshaus.** 1. und 2. Nein. — **Dresdenerstraße.** Nein.

Für den Inhalt der Anzeigen  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

# Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Tausend Jahre deutscher Kultur.**

**Sternwarte.**  
Invalidenstr. 57/62.  
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

**DOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags 4 Uhr:  
**Grosses Militär-Konzert.**

Entree 1 M.,  
ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder  
unter 10 Jahren die Hälfte.

**Passage-Theater.**  
Auf das glänzendste renoviert.  
Aufgang  
nur Unter den Linden 22.  
Anfang Sonntags 3 Uhr.  
Ende 11 Uhr.  
Wochentags Anfang 8 Uhr.

**Hella Collier**  
Deutschlands beste Vortrags-  
Soubrette.  
Savely Goré, neuer  
russischer Tenor. — **Liane**  
d'Amiroff, hohe Schule,  
geritten auf einer Plattform.  
14 erstklassige Nummern.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 155.  
Die sensationellen  
lebenden Bilder,  
dargestellt v. 6 jungen Damen,  
Kirschmeiers  
Berliner Original-  
Schrämmeln.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität!  
**Er und seine Schwester.**

Woffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten.  
Guido Thielebach als Orchester-Dirig.  
Am 2. Akt: Ringel-Couplet.  
Gerda Walde, Fritz Holmerding,  
Herbert Paulmüller, August Hoff.  
Wochentags und folgende Tage: **Er**  
und seine Schwester.

**Apollo-Theater**  
Zum 177. Mal:  
**Lysistrata**  
Operette in 2 Akten v. Paul Lincke.  
**Luftballett „Grigolatis“.**

**Carola x Steidl x Rieck**  
Kettner x Kröcher x Lieban x Runge  
Malkowska x Perry x Herold.

**Die vier Australierinnen.**  
Savonius x Elliott x Welsons.  
Lebende Photographien.  
Kassen-Eröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauerbrücke 3.  
Größtes Vergnügungstotal  
Berlins.  
Internationale Konzerte  
von 5 Künstlern: Kabellein.  
Am 6. u. 7. Bogen erstklassige  
Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellg.  
Täglich Matinee von 12-3 Uhr.

**Steidl-Theater**  
Lichten 132  
am  
Oranien-  
burger  
-Thor-  
Täglich  
humorist.  
Soiree  
u. a.

**Studenten Lust u. Leid.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Vorverkauf 11-1 Uhr.  
Sonnt. u. Donnerst. im Festsaal  
Tanztänzen.

# Trianon-Theater.

Georgenstrasse,  
Bahnhof Friedrichstr.  
Sonntag, 27. Septbr.:  
**Die Liebesschaukel.**  
(La Bascule.)  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Parkett 2 M.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

Serenissimus-Zwischenspiele  
Frau Miml. Familienidyll. Kollegen.

**Casino-Theater.**  
Lohringstr. 37.  
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Neu!  
Stella Zaza. Neu!  
Schmied Origin. Reudert.  
Dazu außerdem großer Erfolg:  
**Chrlische Arbeit.**

Entree 30, Park. 50, Post. 10. bis 2 M.

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstr. 236.  
**Dorf und Stadt.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Carl  
Birk-Pfeiffer.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Dorf und Stadt.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
**Eine Paris.**  
Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern)  
von Ernst Ritterfeldt.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntags, den 27. September,  
nachmittags 3 Uhr: Kindervorstellung.  
„Küchlein und Kuchel“.  
Sonntag, den 28. Septbr., nachm.  
3 Uhr: „Der Vatermann und sein  
Viegelein“.

**Metropol-Theater**  
Heute:  
**Berlin bleibt Berlin.**  
Grosse Ausstattungssposse  
mit Gesang und Tanz in  
5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Erik Meyer-  
Helmdorf.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephl.  
Henry Bender, Flora Siding,  
Hansi Reichsberg, Wini Grabitz.  
— Johanna Junker-Schatz. —  
Anfang 8 Uhr.  
Ranchen gestattet.

**Winter-Garten**  
Robinson Baker, Springer.  
„In den Alpen“, Tanzquartett.  
Angelina von Leo, Sängerin vom  
kgl. Theater, Brüssel.  
Mand Griselida, Hilde-Drossense.  
Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.  
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.  
Refix, athletische Produktionen.  
Helene Gerard, „Hohe Schule“.  
Die Kellner-Truppe, ital. Akrobaten.  
Claudine Polaire, Pariser  
Sängerin.  
W. C. Fields, komischer Jongleur.

**Cléo de Mérode**  
Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris.  
„Biograph“.

**Theater Marienbad**  
Badr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Dir. R. Wagner.  
Jeden Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Humorist. Soiree**  
der  
**Hamburger Sänger.**  
(Otto Steidl, Wolf etc.)  
Abwechslendes  
hochheines Familien-Programm.  
Entree:  
Im Vorverkauf 25, reiner Platz 40 Pf.  
Abendkasse 30, 50  
Nach der Soiree: Tanzkränzchen.

**Bernhard Rose-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Rittwoch, den 24. September:  
**Die Elfe vom Erlenhof.**  
Volksschauspiel aus dem  
Schwarzwalde in 5 Akten von  
C. Siegfried Staaf.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

# Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)  
Rittwochabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**  
Schauspiel in 5 Akten von Adolph  
Pfeffer.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Der Tartuff.**  
Dienstag:  
**Der Arzt wider Willen.**

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm  
städtisches Theater)  
Rittwochabend 8 Uhr:  
**Einsame Menschen.**  
Drama  
in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**

**Arnold Scholz Germania-Prachtsäle** Chaussee-  
Str. 103.  
Jeden Mittwoch und Sonntag:  
**Hamburger Sänger.**

Direktion Otto Steidl und Wih. Wolff.  
Anf. 8 Uhr. Vork. gelten. Eintritt 30 Pf.  
Jeden Donnerstag:  
**BERGTER-KONZERT**  
und Familien-Kränzchen.

Jeden Sonntag  
von 5 Uhr an:  
8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben.

**Buntes Theater.**  
(„Ueberbrett!“)  
Bismarckstr. 68.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Enthüllung des Spine-Deu-  
malde. Von Alex. Bogdanoff. —  
Der Hund. Von Fischer. —  
Teat. Vertung: Oskar Strauss. Tiny  
Senders a. G. Bozema Bradshy.  
Marcell Salzer.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a,  
Stallen der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und  
Montag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Vorstellung  
**Tanzkränzchen**  
Entree: Sonntags 50 Pf.,  
Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr  
20 Pf. Wochentags 30 Pf.,  
Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Cirkus**  
**Alb. Schumann**  
Cirkus Benz-Gebäude, Karlsruhstr.  
Rittwoch, den 24. September 1902,  
abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Grande Soiree equestre.**  
Stürmischen Beifall  
erregt allabendlich das festliche für  
Berlin vollständig neue Programm.  
Neu! Zum erstenmal in Europa. Neu!

**25 Gerettete**  
von der Insel  
**Martinique**  
12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder  
in ihren heimatischen Gebäuden, Ge-  
sundbrunnen, Längen u.  
Schluss-Apparate:  
**Der Ausbruch des Mont-Pelée.**  
Großartige Effect-Vorstellung.  
Die Sensation erregenden  
neuen Original-Drehen des  
Directors **Albert Schumann.**  
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 4 Uhr  
und abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Klub  
frei. In beiden Vorst. gleich reich-  
haltiges Programm und 25 Gerettete  
von der Insel Martinique.

**! Buss' Salon!**  
Gr. Frankfurterstr. 85.  
Einige gute Sonntage im  
November und Dezember  
(auch Buhtag)  
sind noch zu vergeben.  
Frau Wwe. Theel.

# Reste

zur 51229  
Damen-Mäntel-Konfektion  
und Kindergarderobe.  
Fatterselben, Besatz-  
artikel.  
fertige Mäntel in gross. Ausw.  
zu billig. Preis.  
**C. PELZ,**  
4. Kottbuserstrasse 4.

27 Neanderstrasse 27.  
**Wurst — Speck**  
En gros. En detail.  
**Schinken**

Trotz der hohen Fleischpreise bin ich  
in der Lage, obige Artikel zu folgenden  
raumend billigen Preisen abzugeben.

Beleg. Einzeln  
Holl. Zwiebelbierwurst 50 Pf. 55 Pf.  
Holl. Rohwurst (hochf.) 50 55  
Holl. Rehwurst (hart) 60 65  
Holl. Schinken (hart) 60 65  
Reine Leberw. (Spec.) 80 85  
Holl. Leberw. 80 85  
Holl. Vordfleisch 80 85  
Braunsch. Reisu. 80 85

**Speck.** 51289  
Magere Landspeck . . . Pf. 85 Pf.  
Reiter Landspeck . . . 85  
Schinken 5 ganz. Stck. . . 90

Beleg. Ausgeschn.  
Kollsch. ohne Knoch. 1,20 1,40 M.  
Gefärdet Schinken  
fettig und milde 1,25 1,60  
Mansschinken, ca. 2-3 Pf. wie Land-  
schinken, 1 ganz. Pf. 1,10 M.

**Fritz Odebrecht, Neanderstr. 27.**  
**Teilzahlung**  
monatlich 10 M. liefert elegante  
Perrongarderobe nach Maß. Gar  
Kasse allerbilligste Preise. Wer  
selbst Stoff hat, fertige Anzüge,  
Paletot nach Maß von 20 Mark an.  
**Temporowski, Schneider-**  
meister, Prinzenstr. 55. Gte  
Dresdenerstr. 49189

**Wohlfahrts-Lose!**  
Haupttreffer 100 000 M. bar.  
Ziehung 4.-9. Oktober.  
Lose a 3 30 M., Porto u. Liste  
circa 30 Pf. 51338

**J. Racher, Haupt-, Mainz.**  
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.  
Spezialarzt für 35/10\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Billardtuche**  
zu Fabrikpreisen. 20875  
Albert Marwitz, Neue Grünstr. 27, I.

gegen Stoff und Teilzahlung  
in der Fabrik  
**H. Roggensack,**  
Inh.: **Paul Kratz,**  
H., Kuppnerstr. 5.  
51389

# Codes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten  
die traurige Nachricht, das mein lieber  
Raun, unser guter Vater, der Maurer  
**Malte Pohl**  
am Sonntagabend sanft entschlafen ist.  
**Emma Pohl** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Donner-  
stag, den 25. September, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Siedendstraße des  
Krankenhaus am Urban nach dem  
neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße,  
statt.

**Socialdemokratischer**  
**Wahlverein für den 2. Berl.**  
**Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht,  
das unser Mitglied, der Maurer  
**Malte Pohl**  
am 21. September verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donner-  
stag, nachm. 3 Uhr von Krankenhaus  
Urban aus nach dem neuen Jakob-  
kirchhof, Hermannstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
238/18 Der Vorstand.

**Central-Verband**  
**d. Maurer Deutschlands**  
(Zweigverein Berlin).  
Den Mitgliedern zur Nachricht, das  
unser langjähriges und treues Mitglied  
**Malte Pohl**  
Boettcher, 26  
am Sonntag, den 21. d. M., im Alter  
von 42 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Donnerstag,  
den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr,  
vom Krankenhaus am Urban aus  
nach dem neuen Jakobikirchhof,  
Hermannstraße, Nordost, statt.  
Um rege Beteiligung der Kollegen  
ersucht  
143/4 Die Verbandsleitung.

**Central-Verband**  
**d. Maurer Deutschlands**  
(Zweigverein Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
Am 22. d. Mts. nach kurzem  
Krankenlager unser treues Mitglied  
**Friedrich Herberg**  
Südendstr. 73,  
im Alter von 40 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Donnerstags  
nachmittags 2 Uhr von Trauerhalle  
aus auf dem Friedendkirchhof in  
Heller-Edenhausen statt. 143/5  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Verbandsleitung.**

Wiederum erweist uns der Tod  
einen unserer langjährigen Freunde  
und Kollegen, den Zeger  
**Franz Heidelberger**  
im 73. Lebensjahre.  
Als früherer Verbandsfunktionär  
hat auch er an dem Aufbau unserer  
Organisation nach Kräften mitgewirkt  
und werden ihm daher ein frommes  
Andenken bewahrt. 2325  
Berlin, den 23. September 1902.  
Die Kollegen der Nord-Bachdruckerel.

**Codes-Anzeige.**  
Nach fünf Wochen schweren Leidens  
entschlief unser lieber Sohn  
**Karl Förkel**  
im Alter von 16 Jahren 4 Tagen  
am Sonntag, den 20. September,  
11 1/2 Uhr abends. Dieses allen  
Freunden und Bekannten zur Nachricht.  
Die trauernden Eltern und Bruder.  
C. Förkel, Zimmermeister.  
Die Beerdigung findet Rittwoch,  
den 24. September, nachmittags 4 Uhr,  
vom Augustin-Kirchhof, Schornhorst-  
straße, nach dem Dankes-Kirchhof,  
Zegerer Chaussee, statt. 22958

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und reichen Kranzpenden  
bei der Beerdigung meiner lieben  
Frau, unserer guten Mutter  
**Johanna Conrad**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten, besonders dem Gesangsverein  
der Zegerer Berlin, unsern herz-  
lichsten Dank.  
**Wilhelm Conrad, Pauer,**  
51421, nebst Söhnen.

**Dankagung.** 51428  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und reichen Kranzpenden  
bei der Beerdigung meiner lieben  
Frau **Minna Krautlin-Grohnart**  
sage ich meinen herzlichsten Dank.  
**Fritz Krautlin** mit Kindern.  
**Dr. med. Schlesinger**  
Bis für physikalisch-medizinische Behandlung  
behandelt m. nachweisl. gut. Erf.  
**Haut-, Harn-, Blasen- u.**  
**Frauenleiden.**  
prechst. 2-3 u. 10-11 Uhr. Sphar-  
Karlottenburg, Berlinstr. 125. Die Uhrzeit  
M. Kube u. C. Schultz.

